



Verband der Lehrer
an beruflichen Schulen
in Bayern e.V.

akzente

Berufliche Bildung
in Bayern

Unsere Themen

Das Bildungssystem
Österreichs

Über die Leitung einer
Schule

Ausbildung der Wirtschafts-
pädagogen in Nürnberg

TOEIC-Test – Eintrittskarte in
die globale Berufswelt

Der Reformpädagogin
Helen Parkhurst
zum 30. Todestag



*„.... Wir betrachten
die Jugend durch
das falsche Ende des
Teleskops ...“*

Helen Parkhurst (1886 – 1973)



HERAUSGEBER

Hermann Sauerwein, Landesvorsitzender,
Verband der Lehrer an
beruflichen Schulen in Bayern e.V. (VLB)
VLB Verlag e.V.
Dachauer Straße 4, 80335 München
Telefon: (089) 59 52 70
Telefax: (089) 55 04 44 3
Internet: www.vlb-bayern.de
e-mail: info@vlb-bayern.de

REDAKTION

Peter Thiel
Am Happach 40, 97218 Gerbrunn
Telefon: (09 31) 70 76 91
Telefax: (09 31) 70 76 91
e-mail: p.thiel@freenet.de
Martin Ruf
Nußbaumweg 9, 97084 Würzburg
Telefon: (09 31) 66 14 15
Telefax: (09 31) 6 60 72 91
e-mail: ruf@vlb-bayern.de

ANZEIGENVERWALTUNG

Geschäftsstelle des VLB Verlages e.V.
Dachauer Straße 4, 80335 München
Telefon: (089) 59 52 70
Telefax: (089) 55 04 44 3

GESTALTUNG

Gunter Czerny
Im Graben 6, 97204 Höchberg
Telefon: (09 31) 4 52 09 90
Telefax: (09 31) 4 52 75 98
e-mail: gunter.czerny@t-online.de

DRUCK

Helmut Preußler-Verlag
Dagmarstraße 8, 90482 Nürnberg
Telefon: (09 11) 9 54 78-0
Telefax: (09 11) 5 42 48 6

ERSCHEINUNGSWEISE UND BEZUGSPREIS

„VLB akzente“ erscheint 10 x jährlich
Jahresabonnement 30,- Euro zzgl. Versand

KÜNDIGUNG

Die Kündigung kann bis drei Monate vor
Ablauf eines Jahres beim Verlag erfolgen.

COPYRIGHT

Die veröffentlichten Beiträge sind
urheberrechtlich geschützt.
Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit
Genehmigung der Redaktion.

MANUSKRIPTE UND BEITRÄGE

Manuskripte gelten erst nach Bestätigung
durch die Redaktion als angenommen.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte
übernehmen wir keine Haftung.

Namentlich gezeichnete Beiträge, ins-
besondere Leserbriefe, müssen sich nicht
mit der Meinung des Herausgebers und
der Redaktion decken.

„VLB akzente“ wird laufend im Dokumen-
tationsdienst der Ständigen Konferenz der
Kultusminister der Länder, im Dokumen-
tationsdienst der DEUTSCHEN BIBLIOTHEK
und im Dokumentationsring DOPAED
bibliographisch nachgewiesen.

REDAKTIONSSCHLUSS

für Heft 10: 2003-09-08
für Heft 11: 2003-10-06
für Heft 12: 2003-11-03

ISSN 0942 – 6930

Thema des Tages

- 3 Peter Thiel: Plädoyer für den großen Befähigungsnachweis

Bildungspolitik

- 4 Dietmar Leischner: Studienfahrt des VLB-Bildungswerkes nach Österreich
7 Dietmar Leischner: Das Bildungssystem in Österreich
10 Bildungsministerin Bulmahn droht mir Abgabe
10 Mehr Ausbildung bei ausländischen Unternehmen

Aus dem Landtag

- 11 Anfragen – Anträge – Beschlüsse

Lehrerbildung

- 13 Armin Ulbrich: Antrittsvorlesung von Prof. Aff an der WiSo in Nürnberg

Die Lehrerseite

- 14 Neue Ferienregelung

Schulentwicklung

- 15 Bernhard Zeller: Prof. Dubs über die Leitung der Schule

Pädagogik und Unterricht

- 18 Wolfgang Towara: Fremdsprachentest als Eintrittskarte in die Berufswelt
18 Martin Ruf: Direktmarketing – ein Serviceangebot der Deutschen Post
20 Peter Thiel: Helen Parkhurst zum 30. Todestage
22 Bayern geht neue Wege in der Qualitätssicherung

Aus dem Verbandsleben

Bezirks- und Kreisverbände

- 24 BV Niederbayern, KV Oberpfalz – Nord

Referate und Fachgruppen

- 26 AK Lehrerbildung und -fortbildung, FG Sozialpädagogik/Sozialpflege (hD),
FG Geundheitsberufe

Senioren

- 28 Lothar Fischer: Oberpfälzer Senioren auf Metternichs Spuren

Personalien

- 29 Personalien

Kommunale Schulen

- 29 Peter Thiel: BAS – Hymne auf eine verfllossene Schulart
30 Klaus D. Schiffauer: BS für Einzelhandel erhält neues Beratungsstudio

Umschau

Für Sie persönlich

- 31 Helmut Lang: Hausratversicherung bietet Schutz auf Reisen

Termine

- 33 Nachrichtliches

Titelfoto: Klaus Schiffauer (siehe Seite 30)

Plädoyer für den großen Befähigungsnachweis

PETER THIEL

Die Bundesregierung ist dabei, die Handwerksordnung zu novellieren. Eine „kleine Novelle“ passierte bereits das Parlament. Über einen weitergehenden Entwurf aus dem Wirtschaftsministerium entschied das Kabinett Ende Mai. Er sieht vor, für zwei Drittel der Vollhandwerksberufe den Meisterzwang – den großen Befähigungsnachweis also - abzuschaffen. Ausgenommen von dieser „Lockerung“ sind 29 sog. gefahrgeneigte Berufe. Der Augenoptiker beispielsweise gehört in diese Kategorie oder der Elektriker und der Heizungsbauer. Nach Vorstellung der Bundesregierung soll sich ein Geselle in einem der 65 anderen Berufe selbstständig machen können, wenn er darin zehn Jahre lang tätig war, fünf davon in führender Position. Im Herbst kommt die Vorlage ins Parlament – sie muss immerhin durch den Bundesrat – und ab 2004 sollen die Änderungen dann gelten.

Hintergrund der Maßnahme ist u.a. die schlechte Lage auf dem Stellenmarkt. Durch Lockerung von Vorschriften und Abbau von Bürokratie verspricht sich die Bundesregierung mehr Firmengründungen und damit ein höheres Angebot an Arbeitsplätzen. Einher gehe eine Zunahme an Ausbildungsbereitschaft, meint sie. In Verbindung mit der Novellierung ist auch eine Veränderung der Ausbildungsordnung zu sehen. Für fünf Jahre außer Kraft gesetzt werden soll beispielsweise die Bestimmung, nach der nur Meister oder Gesellen mit besonderer Prüfung ausbilden dürfen. Außerdem kündigte der Bundeskanzler an, dass jeder, der einen Betrieb mindestens fünf Jahre lang geführt habe, künftig auch ausbilden könne.

Soweit die Fakten. Formal gesehen ändert sich nichts am dualen System und wenn doch, dann in positiver Weise, wie man in Berlin meint. Denn je mehr Betriebe, desto mehr Ausbildungsbereitschaft. Dies aber ist eine

sehr vordergründige Betrachtungsweise. Berufliche Bildung hier zu Lande als rein quantitatives Anliegen? Undenkbar. Weltweit steht das duale Ausbildungssystem der Bundesrepublik Deutschland im Rufe eines Gütesiegels. Dies aber nicht, weil es bislang die jungen Leute mehrheitlich von der Straße geschafft hat, sondern weil es ihnen Bildungschancen eröffnete, die Erfolg, Wohlstand und Zufriedenheit möglich machten.

Ist der Meistertitel allein auch noch kein Garant für Aufgeschlossenheit der Ausbildung gegenüber, so verlangt der große Befähigungsnachweis immerhin über fachlich-betriebswirtschaftliche Kompetenzen hinaus auch Kenntnisse zum Thema Ausbildung. Und wer sich einmal mit Ausbildungsfragen auseinander gesetzt hat, ist – bis zu einem gewissen Grad wenigstens – auch sensibilisiert für weiterführende Anliegen der beruflichen Bildung und für die Zusammenarbeit mit dem Dualpartner Berufsschule. So betrachtet ist der große Befähigungsnachweis ein Stück Reifeprüfung, das natürlich auch verpflichtet. Und wer als Politiker junge Menschen den Betrieben zur Ausbildung anvertraut, sollte derlei meisterliche Kompetenzen nicht gering schätzen.

Die Zusammenarbeit der Lehrer an beruflichen Schulen mit den Handwerksmeistern im Rahmen der Lernortkooperation oder in den Prüfungsausschüssen, sie gehört mit Sicherheit zu den Aktivposten des dualen Systems. Es ist nicht vermessen zu behaupten, dass die Bereitschaft zu dieser Zusammenarbeit auch mit dem großen Befähigungsnachweis zusammenhängt. Deshalb sehen wir mit nicht geringer Skepsis dem entgegen, was sich in Berlin da zusammenbraut, ohne dass wir gleich dem Verdacht ausgesetzt sein möchten, als Lehrergruppe nur Eigeninteressen zu vertreten.

Einen weiteren Aspekt zur Lockerung der Handwerksordnung macht eine Studie deutlich, die das Institut für Mittelstandsökonomie der Universität

Trier kürzlich veröffentlichte. Meisterbetriebe, so heißt es darin, haben fast eine doppelt so hohe Überlebenschance wie Unternehmen ohne Meister. 86% der Betriebe mit einem Meister seien sechs Jahre nach der Existenzgründung noch am Markt, während jedes zweite Unternehmen „ohne“ dann aufgegeben habe. Auf die Ausbildungsbereitschaft meisterloser Betriebe muss sich dies freilich auswirken: Wer schon möchte die Verantwortung für einen Lehrling übernehmen, wenn er unter erhöhtem Insolvenzrisiko arbeitet?

Die Trierer Studie widerlegt auch die Auffassung, dass Kosten und Dauer der Meisterausbildung ausschlaggebende Gründe gegen die Selbständigkeit von Gesellen und die Neugründung von Unternehmen sind. 84% der repräsentativ befragten Gesellen sind nicht bereit, ein Unternehmen zu gründen, auch dann nicht wenn der Meisterbrief nicht mehr erforderlich ist.

Werden die Vorhaben der Bundesregierung in der vorgestellten Form im Herbst Gesetz, steht in vielen Branchen die Qualität der Berufsausbildung auf dem Spiel. Man kann dann nicht daran vorbei, den beruflichen Schulen Möglichkeiten zu schaffen, sich fachlich und pädagogisch stärker einzubringen. Dies liegt erstens im Interesse des Wirtschaftsstandorts, ergibt sich zweitens aus dem noch immer gültigen Postulat der Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung und hat drittens etwas mit den europäischen Bildungsstandards zu tun.

Einjährige Berufsfachschulen beispielsweise wären dann nicht mehr nur eine Maßnahme zur Überbrückung des Lehrstellenmangels, sondern eine ausgesprochene Notwendigkeit. Mit Nachdruck weisen wir nochmals darauf hin, dass es bei der Berufsausbildung nicht primär darum gehen kann, jungen Leuten einen Job zu besorgen, damit sie von der Straße sind, sondern dass es sich um einen persönlichkeitsbildenden Prozess handelt, der einen Lebensweg ganz entscheidend beeinflusst. Dies kann auch in Krisenzeiten nicht unberücksichtigt bleiben. <

Studienfahrt des VLB-Bildungswerkes nach Österreich:

Berufliche Vollzeitschulen mit hoher Praxisorientierung und Doppelqualifikation

DIETMAR LEISCHNER

Die angespannte Wirtschaftslage lässt befürchten, dass die Betriebe nochmals weniger Ausbildungsplätze im Juli 2003 anbieten. Nach Angaben der Kammern und der Unternehmen ist mit einem Rückgang des Lehrstellenangebots von ca. 10 bis 15 Prozent zu rechnen.

Nachdem im Nachbarland Österreich ähnliche Probleme der Berufs-



„Viele gute Bekannte unter den Besuchern“. Hofrat Dr. Gerold Heckle bei der Begrüßung.

ausbildung bestehen, war es für die Teilnehmer an der Studienreise wichtig zu erfahren, welche Möglichkeiten der Berufsausbildung bzw. einer Berufsperspektive dort angeboten werden.

Neben der dualen Berufsausbildung, die zur Zeit von etwa einem Drittel aller Jugendlichen wahrgenommen wird, bestehen in Österreich zwei weitere Ausbildungsangebote in beruflichen Vollzeitschulen: Berufsausbildung in Berufsbildenden Mittleren Schulen (BMS) und in Berufsbildenden Höheren Schulen (BHS).

Im Pädagogischen Institut des Bundes

Der ehemalige Direktor des Pädagogischen Instituts, Hofrat Dr. Gerold Heckle, begrüßte die Teilnehmer, informierte über das Institut und gab einen Überblick über das österreichische Schulsystem und das duale Ausbildungssystem.

So gibt es keinen „Mittleren Schulabschluss“ bzw. keine „Mittlere Reife“, sondern alle Bildungsgänge sind nach oben durchlässig und werden zum größten Teil mit der Reifeprüfung (Matura) beendet. „Die Matura ist zur Lebensanschauung geworden, sagte Heckle“.

Der Pflichtunterricht in der Berufsschule wird für einen Lehrberuf oder für mehrere Lehrberufe in folgenden Organisationsformen durchgeführt:

- Als ganzjährige Berufsschule mit mindestens einem Schultag pro Woche,
- als lehrgangsmäßige Berufsschule mit mindestens einem achtwöchigen Lehrgang in jeder Schulstufe,
- andere Organisationsformen (Blockunterricht, 2 Schultage zu je 8 Stunden).
- Splitterberufe werden landesweit im Lehrgang zusammengefasst.



„Einblick in die Organisationsstruktur des Instituts geben“. Mag. Dr. Gerhard Schmid, Abteilungsleiter für Berufsschulen.

Die Fächer des 9-stündigen Unterrichts/Woche gliedern sich in „Allgemeinbildende Gegenstände“ (Politik, Deutsch, Fremdsprache, Buchführung) und in „Berufsbezogene Gegenstände“ (Fachtheorie, Praktischer Unterricht/Arbeit).

Die 10. Stunde ist für den „Freigegegenstand“ (Sport, Religion) vorgesehen. Die Abschlussprüfung wird von der Prüfungskammer durchgeführt; Mitglieder sind Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Das Pädagogische Institut des Bundes in Wien beschäftigt sich mit allen Fragen des Schul- und Bildungswesens in Österreich, u.a. Struktur, Organisation und Weiterentwicklung der Schulen, Lehrpläne, Entwicklung von Unterrichtskonzepten, Personalentwicklung, Qualitätsmanagement, Lehreraus- und -fortbildung, Ausbau von Service-Stellen, Erwachsenenbildung, Bildungsberatung u.a.m.

Autonomie

Seit 1993 können die Schulen in einem vorgegebenen Rahmen durch den Schulgemeinschaftsausschuss schulautonome Lehrpläne erlassen. Es werden Freiräume im Bereich der Stundentafel, Unterrichtsinhalte, Lern- und Arbeitsformen, Lernorganisation, Bildung von Schwerpunkten im Bereich der Fremdsprachen u.ä. eröffnet. Der Schulgemeinschaftsausschuss kann auch Eröffnungs- und Teilungszahlen für Klassen festlegen; im Rahmen des Schulzeitgesetzes kann auch an einzelnen Unterrichtstagen schulautonom freigegeben werden.

Lehrer

Man unterscheidet in beruflichen Schulen zwischen Lehrern der Fachgruppe 1 für allgemeinbildende Fächer, Lehrern der Fachgruppe 2 für Fachtheorie und Lehrern der Fachgruppe 3 für Fachpraxis. Lehrkräfte der Fachgruppen 1 und 2 müssen ein Abitur/berufliches Abitur und einen Lehrabschluss und/oder eine zweijährige Berufspraxis nachweisen. Lehrer der Fachgruppe 3 benötigen eine Meisterprüfung und eine sechsjährige einschlägige Berufspraxis. Zusätzlich erfolgt eine pädagogische Ausbildung.



Die VLB-Reisegruppe in geschlossener Formation vor der Kamera.

Organisation und Management

Mag. Dr. Gerhard Schmid, Abteilungsleiter für Berufsschulen des Pädagogischen Instituts des Bundes in Wien, gab einen Einblick in die

Brüssel stehen auf dem Programm. Damit die Schüler zukunftsorientiert die besten Bildungsangebote erhalten, sollen Programme für Lehrerbildung, internationale Vernetzung, bessere



„Vorbildfunktion ist wichtig“. Ing. Mag. Gerhard Pahr im Pädagogischen Institut für die Lehrerbildung.

Schwerpunkte der Organisation und das Management, insbesondere zu den Bereichen Lehrplanarbeit, Unterrichtskonzepte und Qualitätsmanagement.

Neben und im Rahmen der bereits erwähnten Aufgaben steht die internationale Bildungskooperation – Fragen der europäischen Zusammenarbeit – sehr stark im Vordergrund. Kompetenz-Zentren und bestimmte Projekte im Rahmen der Osterweiterung, didaktische Beratung in Polen, CSSR und Jugoslawien sowie Bildungskooperation im Nahen Osten und Studienreisen nach New York und



„Lehrlingsstiftungen gibt es bei uns seit 6 Jahren“. Prof. Mag. Heide Manhartsberger.

Zusammenarbeit mit Firmen und Unternehmensverbänden, Fach- und Fremdsprachenseminare, Integrationspädagogik, Qualitätsmanagement, Projektmanagement „Austria“, Sponsoring, Synergien zwischen Behörden und Schulen, EDV und Controlling, Konfliktmanagement, Schulrecht, Unterrichtsbeobachtungen, Führungskräfte-Seminare, Schulleiterfortbildungen u.a. erarbeitet und konsequent durchgeführt werden. Eine weitere Zielvorgabe ist es, die Institutionen der Lehrerbildung bis zum Jahre 2007 in Pädagogische Hochschulen umzuwandeln.

Zentralberufsschule 3 in Wien

Diese Berufsschule ist eine der acht Zentralberufsschulen in Wien. Sie bildet Jugendliche für Berufe im Gastgewerbe, Textilbereich, Gesundheitswesen und kaufmännischen Bereich aus. Die Zentralberufsschule ist in die genannten Abteilungen gegliedert. Es gibt Klassen mit Ganzjahresunterricht, Blockunterricht und Lehrgangunterricht, Schüler mit Doppel-Lehre, Schüler mit einem Ausbildungsvertrag mit einem „Freien Träger“, Freigegegenstände für Sprachen, Sport, Förderunterricht und Religion.

Besonderheiten und „Highlights“ der Berufsschule sind: Schüleraustausch mit einer Schule in Helsinki, Projekt „Einrichtung eines Zahntechniklabors im medizinischen College Lipetz/RUS“. Vorlehre Damenschneider, Integrationsklassen für Behinderte, Projekt Tierpfleger und Tier als Therapiehelfer, Meditation für Schüler/innen, kaufmännisches Projekt mit Rumänien, Vorbereitung für die Konditor-Meisterprüfung, Seminar für Konditoren und Bäcker aus Japan u.a.

Lehreraus- und -fortbildung

Mit den Worten „Vorbildfunktion der Lehrkräfte ist äußerst wichtig“, erläuterte Ing. Mag. Gerhard Pahr, zuständig im pib für die Lehrerbildung, mit großem Engagement die gegenwärtige und zukünftige Lehreraus- und -fortbildung.

Sehr wichtig sind für alle Lehrkräfte drei Bereiche: Pädagogik, Fachkompetenz und Humankompetenz. Zu diesen Grundbereichen spielen EDV-Kenntnisse und die Ausbildung im fachspezifischen Englisch eine wichtige Rolle.

Anhand von Plänen für Lehrer-Studiengänge werden die Einzelheiten zur Lehrerbildung erläutert (Humanwissenschaften, Fachdidaktik und Schulpraktikum, Fachwissenschaften, Ergänzende Studien sowie Lehrveranstaltungen für Heimerziehung, Englisch, Deutsch, Sport, Politik, Gesundheit, Rhetorik, Europa).

Lehrlingsstiftungen

„Lehrlingsstiftungen, Aktionen der Lehrstellenvermittlung, Integration



In der Übungsfirma ...

von Jugendlichen mit besonderen Bedürfnissen“ war das Thema von Frau Prof. Mag. Heide Manhartberger, Informationszentrum für Fragen der Behindertenintegration.

„Lehrlingsstiftungen“, die es in Österreich seit 6 Jahren gibt, sind Lehrgänge für Jugendliche ohne Ausbildungsvertrag, sozial Benachteiligte, Sonderschulabsolventen, Behinderte, Arbeitslose usw. Über 3000 arbeitslose Jugendliche (incl. Ausländeranteil) werden beraten und betreut; in den Integrationsklassen mit 24 Schülern werden jeweils 4 Behinderte betreut, in jedem Landesschulamt ist ein Psychologe tätig, Sonderpädagogen werden innerhalb von 2 Jahren in 5 Modul-Lehrgängen ausgebildet.

Die Mittel der Bundessozialhilfe und Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds reichen nicht aus, um die vielschichtigen Probleme in Form von Lehrlingsstiftungen und Integrationsprozessen zu lösen. Frau Manhartberger appellierte an alle in der Be-

rufsbildung Verantwortlichen für mehr Einsatz für die Benachteiligten, denn „volkswirtschaftlich rechnet sich jeder Untergebrachte“.

Höhere Lehranstalten und Handelsakademien – attraktive Möglichkeiten der Berufsausbildung

Höhere technische Lehranstalten, Handelsakademien, Höhere Lehranstalten für verschiedene Berufsbereiche und Kollegs gehören zu den Berufsbildenden Höheren Schulen (BHS).

Diese Schulen bieten den Schülern eine höhere Berufsbildung und umfassende Allgemeinbildung. Die Absolventen der fünfjährigen Ausbildung erhalten eine Doppelqualifikation, die den unmittelbaren Zugang zu facheinschlägigen Berufen und gleichzeitig durch die Hochschulreife den Zugang zu allen Studiengängen ermöglicht.

Näheres erfahren die Teilnehmer beim Besuch der Höheren Technischen Lehranstalt für Informations-

technologie & Elektronik, Technische Informatik, Telekommunikationstechnik und Netzwerktechnik. Der HTL angegliedert sind drei Fachschulen:

Meisterschule (nach zwei Jahren), Abendlehrgang Elektronik (6 Semester) und ein Fachhochschulstudium (mit Vorbereitungslehrgang).

In den 4 Abteilungen werden von 170 Lehrkräften ca. 1 600 Schüler (davon 1350 Tagesschüler) ausgebildet. Schwerpunkte der Ausbildung sind ein aktueller Praxisbezug und in höheren Klassen die Theorie. Das Verhältnis von Allgemeinbildung zu Fachbildung beträgt 30 zu 70 %. Deshalb sind neben den Unterrichtsräumen für Theorie vor allem Labors, Werkstätten zur Produktion und eine Übungsfirma eingerichtet. Die Übungsfirma entstand vor ca. 14 Jahren und wird im Rahmen zunehmender Europa-Orientierung und Globalisierung ständig weiterentwickelt. Auch die Werkstätten werden der technischen Entwicklung entsprechend ausgebaut.

Ergänzend zur schulischen Ausbildung sind in der unterrichtsfreien Zeit vor Eintritt in die 5. Jahrgangsstufe mindestens 8 Wochen Betriebspraktikum vorgeschrieben. Der Projektunterricht (Gemeinschaftsarbeit mit Firmen) führt zu guten Kontakten und hilft den Schülern bei der praktischen Umsetzung von betrieblichen Aufgaben.

Mit dem Schulleitbild „eine ganzheitliche, qualitativ hochwertige Ausbildung, getragen von den drei Säulen: Sachkompetenz, Persönlichkeitsentwicklung und Praxisnähe“ werden alle Jugendlichen mit einem „positiven Abschlusszeugnis“ der 8. Schulstufe einer Hauptschule oder einer Allgemeinbildenden Höheren Schule angesprochen. Der Anteil der Schüler aus der AHS beträgt ca. 60 %. „Wir sind in der HTL, weil wir keine Lehrstelle gefunden haben und diese Schule eine sehr gute Berufsausbildung bietet“, äußerte ein Schüler; „und wir können direkt nach der Ausbildung eine Berufstätigkeit aufnehmen“ ergänzte eine Schülerin. Weitere Argumente der Schüler/innen waren:



... die im Rahmen der Europa-Orientierung und der Globalisierung ständig weiterentwickelt wird.

- Betriebe stellen gerne HTL-Absolventen ein,
- aufgrund unserer fachspezifischen Fremdsprachenkenntnisse können wir auch im Ausland arbeiten,
- außerdem können wir mit der Reifeprüfung (Matura) nach der 5. Jahrgangsstufe ein Universitäts- oder Fachhochschulstudium beginnen.

Erstaunlich hoch ist die Motivation der Schüler durch den Praxisbezug und entsprechender Handlungsorientierung sowie der Möglichkeit, den Fach-



„Für uns steht der Mensch im Mittelpunkt.“
HTL-Leiter OStR Dipl.-Ing. Wolf Dieter Strasser.

unterricht in englischer Sprache zu erhalten. Auch die von der Schule angebotenen „Highlights“ sorgen für Motivation: Sportwochen, Sprachwochen im Ausland, Projektunterricht, Kommunikations- und Präsentationstechnik, Computer-Based-Training, Übungsbank, Übungsfirmen, Management-Seminare, Kletterwand, Tauchkurse, Mopedführerschein, Schach, Multimedia, Solarmobil, 2 Schulbuffets.

Warum die Höhere Technische Lehranstalt so erfolgreich ist, beantwortet Schulleiter OStR Dipl.-Ing. Wolf Dieter Strasser mit folgenden Worten: „Für uns steht der Mensch in seiner Gesamtheit und Individualität im Mittelpunkt. Ökologische Gesichtspunkte sind Grundlage unseres Handelns. Der Unterricht erfolgt lernzielorientiert mit modernen Methoden in einer angenehmen Atmosphä-

re. Eigenverantwortung und ständige Lernbereitschaft ermöglichen den Absolventen, den sich ändernden Anforderungen der Gesellschaft und Arbeitswelt gewachsen zu sein.

Höhere Technische Lehranstalten und Handelsakademien bieten eine Vielfalt von Berufsausbildungen an, erfreuen sich einer immer größeren

Beliebtheit, so dass in Österreich bereits über 30% der 15-jährigen Jugendlichen diesen Bildungsweg wählen.

Wäre diese Ausbildungs-Alternative auch für das bayerische Bildungswesen und die Unternehmen in Industrie und im Handwerk nicht auch ein lohnendes Angebot? <

Das Bildungssystem in Österreich

DIETMAR LEISCHNER

In den 9 Bundesländern Österreichs wohnen ca. 8,1 Millionen BürgerInnen; davon besuchten nach der österreichischen Schulstatistik im Jahre 2002 insgesamt 1 209 127 Schülerinnen und Schüler allgemeinbildende und berufsbildende Schulen. In 6022 Schulen unterrichten derzeit 124 239 Lehrer und Lehrerinnen.

Das gesamte Schulwesen Österreichs wurde im Jahre 1962 neu geordnet und auf eine breite gesetzliche Grundlage gestellt. Ständige Verbesserungen und notwendige Anpassungen der Bildungsziele an technische, wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Veränderungen sowie Novellierungen der Schulgesetze in den letzten Jahren waren die Grundlage für ein differenziertes Bildungssystem. So bestand für das berufsbildende Schulwesen die Möglichkeit, unter dem Namen „Berufspädagogische Institute“ zahlreiche Fortbildungseinrichtungen zu schaffen.

1. Die Schulpflicht

Die allgemeine Schulpflicht beginnt mit Vollendung des 6. Lebensjahres und dauert neun Schuljahre (bis zum 15. Lebensjahr). Zur Erfüllung der Schulpflicht können in Österreich – ähnlich wie in Deutschland – verschie-

dene Schularten besucht werden (siehe Grafik Seite 9).

2. Die Schularten

Das Bildungssystem Österreichs ist gekennzeichnet von einer Vielfalt von Bildungsmöglichkeiten; man unterscheidet dabei zwischen allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen. Bezeichnend ist jedoch der hohe Anteil jener Schüler, die berufsbildende mittlere und höhere Schulen besuchen. Nach einer Statistik im Jahre 2002 besuchten

- 23 % der Jugendlichen allgemeinbildende höhere Schulen,
- 33 % der Jugendlichen eine duale Berufsausbildung mit Berufsschule,
- 12 % der Jugendlichen berufsbildende mittlere Schulen und
- 31 % der Jugendlichen eine berufliche höhere Schule.

2.1 Allgemeinbildende Pflichtschulen und Berufsbildung

Die allgemeine Schulpflicht wird erfüllt durch den Besuch folgender Schularten: 1. bis 4. Jahr: Besuch der Grundschule oder Sonderschule,

5. bis 8. Jahr: Besuch der Hauptschule, der allgemeinbildenden höheren Schule, einer Gesamtschule, der Volksschuloberstufe oder einer Sonderschuloberstufe,

9. Schuljahr: Besuch der polytechnischen Schule, einer berufsbildenden mittleren Schule, der Bildungsanstalt für Kindergarten- bzw. Sozialpädagogik, einer berufsbildenden höheren Schule, des Oberstufenrealgymnasiums oder Weiterbesuch der allgemeinbildenden höheren Schule.

Durch die Differenzierung im 9. Pflichtschuljahr sind besondere Übertrittsverfahren, Einstufung in Leistungsgruppen für höhere Schulen, verpflichtender Förderunterricht, Sonderformen der Hauptschule und Schwerpunktfächer vorgesehen. Sonderschulen haben eigene Lehrpläne und berücksichtigen sonderpädagogische Bereiche.

In der Polytechnischen Schule wird allen Schülern in den ersten beiden Monaten des Schuljahres eine verpflichtende Orientierungsphase geboten, die dazu dient, die eigenen Fähigkeiten, Interessen und Neigungen zu erfahren im Hinblick auf das praktische Leben und die Berufswahlentscheidung. Sie ist im Sinne einer Berufsvorbildung zu sehen, wobei die Schüler sich für einen der folgenden beruflichen Fachbereiche entscheiden können: Technische Berufe, kaufmännische Berufe, human-kreative Berufe/Tourismus sowie Berufe im Bereich der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien.

2.2 Allgemeinbildende höhere Schulen

Die allgemeinbildende höhere Schule umfasst 8 Schuljahre (4-jährige Unterstufe und 4-jährige Oberstufe) und schließt mit der Reifeprüfung (Matura) ab. Durch das Reifeprüfungszeugnis wird die Berechtigung zum Studium an allen Universitäten und Hochschulen erworben, außerdem Berechtigungen für den Öffentlichen Dienst. In die allgemeinbildenden höheren Schulen wird jedes Kind aufgenommen, das die 4. Klasse Volksschule erfolgreich abgeschlossen hat (in Deutsch, Mathematik und Lesen mit der Note „sehr gut“ oder „gut“ oder durch eine Aufnahmeprüfung). Formen der allgemeinbildenden höheren Schulen sind beispielsweise:

- Gymnasium (Latein als 2. Fremdsprache und ab 5. Klasse eine 2. lebende Fremdsprache),
- Realgymnasium (mehr Mathematik, darstellende Geometrie, Physik, Chemie),
- Wirtschaftskundliches Realgymnasium (2. Fremdsprache, Wirtschaftskunde, Psychologie),
- Oberstufenrealgymnasium und Sonderformen des Gymnasiums,
- Höhere Internatsschulen.

Im Oberstufenrealgymnasium werden u.a. spezielle Fremdsprachen, Instrumentalmusik, bildnerisches Gestalten, Werkerziehung, Biologie, Umweltkunde sowie mehr Sport als „Wahlpflichtgegenstände“ angeboten.

2.3 Berufsbildende Schulen

Im berufsbildenden Schulwesen unterscheidet man in Österreich zahlreiche Schularten (siehe Grafik Nr. 4 bis 8):

a) Die polytechnische Schule

bietet eine Orientierungsphase für das spätere Leben, insbesondere das Berufsleben in Form einer Berufsorientierung und Berufsgrundbildung. Durch schulautonome Gestaltungsmöglichkeit kann jede Schule ein für die Region und die Schülerinteressen passendes Angebot erstellen.

b) Berufslehre und Berufsschulen

Nach der polytechnischen Schule können die Schüler eine Berufsausbildung in einem der ca. 250 Lehrberufe anstreben. Wie in Deutschland erfolgt die Berufsausbildung im dualen Ausbildungssystem: Praktische Ausbildung in einem Betrieb; der fachtheoretische und betriebswirtschaftliche Unterricht findet an mindestens einem Tag/Woche in der Berufsschule statt. Die Zahl der Schuljahre richtet sich nach der festgesetzten Ausbildungsdauer des gewählten Berufes (2 bis 4 Jahre). Durch das Deutsch-Österreichische Abkommen sind 204 österreichische Lehrabschlussprüfungen mit 330 deutschen Abschluss- und Gesellenprüfungen gleichgestellt.

c) Berufsbildende Mittlere Schulen (BMS)

Es sind Vollzeitschulen, die nach der erfolgreichen 8. Schulstufe neben einer fundierten Allgemeinbildung die Ausbildung zu bestimmten Berufen vermitteln. Diese schulische Berufsausbildung dauert je nach Berufsziel ein bis vier Jahre; dabei wird in ein bis zwei Jahren Ausbildungsdauer eine teilweise, mit drei oder vier Jahren eine abgeschlossene Berufsausbildung vermittelt.

Nach den Lehrabschlüssen können Aufbaulehrgänge bzw. Vorbereitungslehrgänge besucht werden, die zur Reifeprüfung führen. Weiterbildungsmöglichkeiten bieten sich in Form von Werkmeister- und Meisterschulen sowie Speziallehrgängen.

d) Kollegs

Die Kollegs sind zweijährige gehobene Berufsausbildungen entsprechend den berufsbildenden höheren Schulen bzw. Bildungsanstalten. Fachrichtungen sind z.B. Bautechnik, Chemie, Design, Druck- und Medientechnik, Elektrotechnik, EDV, Fotografie, Facility Management, Innenraumgestaltung und Holztechnik, Kindergartenpädagogik, wirtschaftliche Berufe, Maschinenbau, Mode und Bekleidungstechnik, Tourismus und Freizeitwirtschaft, Wirtschaftsingenieurwesen u.a. Aufnahmevoraussetzung ist jeweils eine Reifeprüfung, Berufsreifeprüfung oder Studienberechtigungsprüfung. Es gibt auch spezielle Formen für Absolventen facheinschlägiger vierjähriger Fachschulen.

e) Akademien

Es sind Schulen mit einer dreijährigen gehobenen Berufsausbildung im Bereich der Lehrberufe, der Sozialarbeit bzw. des Gesundheitswesens.

f) Bildungsanstalten und Lehrerbildung

Erzieher- und Lehrerbildung erfolgen in Österreich vorwiegend nicht an Universitäten: An Pädagogischen Akademien für Volks-, Haupt- und Sonderschullehrer und Lehrer für die Polytechnische Schule; an Bildungsan-

stalten (Ausbildung zum/zur Kindergärtner/in bzw. für Sozialpädagogik); an berufspädagogischen Akademien (Lehrer für hauswirtschaftlichen, technischen/gewerblichen und kaufmännischen Fachunterricht an berufsbildenden mittleren und höheren Schulen und Berufsschulen).

g) Berufsbildende höhere Schulen (BHS)

Diese Schulen vermitteln in fünf Jahren neben einer fundierten Allgemeinbildung eine höhere berufliche Ausbildung. Diese BHS ersetzen Lehrabschlussprüfungen und schließen mit einer Reife- und Diplomprüfung ab, die zum Studium an Universitäten, Fachhochschulen und Akademien berechtigen.

Die bekanntesten berufsbildenden Höheren Schulen sind:

- Höhere technische und gewerbliche Lehranstalten (HTL),
- Höhere Lehranstalt für Mode und Bekleidungstechnik,
- Höhere Lehranstalt für Tourismus,
- Handelsakademien,
- Höhere Lehranstalt für wirtschaftliche Berufe,
- Höhere Land- und forstwirtschaftliche Lehranstalten.

h) Erwachsenenbildung und „Zweiter Bildungsweg“

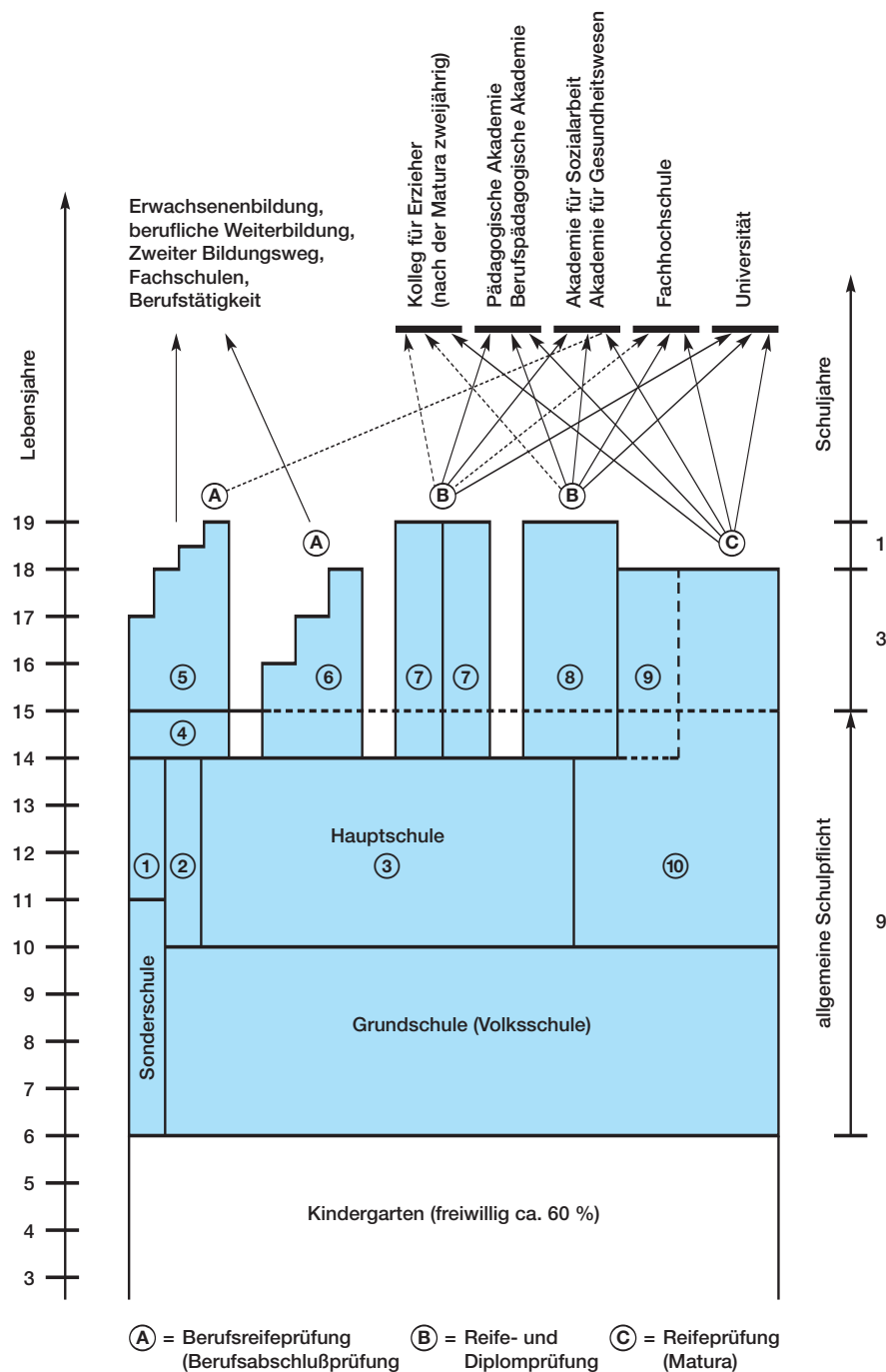
Personen, die bereits in das Berufsleben eingetreten sind oder eine Berufsausbildung abgeschlossen haben, können neben einer Berufstätigkeit in Form eines Abendunterrichtes entsprechende Bildungsabschlüsse erwerben; sie reichen von Aufbaulehrgängen bis zu Fachhochschulstudiengängen. Einrichtungen der Erwachsenenbildung (Volkshochschulen, Berufsförderungsinstitute, regionale und konfessionelle Institutionen) bieten allgemeinbildende und berufsbildende Kurse an. Eine wichtige Aufgabe ist dabei das Nachholen von Bildungsabschlüssen im Rahmen des „zweiten Bildungsweges“ und des „lebenslangen Lernens“ (Beamtenaufstiegsprüfungen, Externistenreifeprüfung, Berufsreife-Prüfung, Studienberechtigungsprüfung).

In der graphischen Darstellung über das Bildungssystem Österreichs sind die unten genannten Schulen mit den Ziffern 1 bis 10 gekennzeichnet:

- ① Sonderschuloberstufe
- ② Volksschuloberstufe
- ③ Hauptschule (10.–14. Lebensjahr)
- ④ polytechnische Schule (ein Jahr)

- ⑤ Berufslehre und Berufsschule (duale Berufsausbildung)
- ⑥ berufsbildende mittlere Schule
- ⑦ Bildungsanstalt für Kindergarten- bzw. Sozialpädagogik
- ⑧ berufsbildende höhere Schule
- ⑨ Oberstufenrealgymnasium
- ⑩ allgemeinbildende höhere Schule

Struktur des Bildungssystems in Österreich



500 000 Betriebe bilden nicht aus:

Bildungsministerin Bulmahn droht mit Abgabe

Mehr als 500 000 Unternehmen in Deutschland bilden nach einer aktuellen Erhebung der Bundesregierung zur Zeit keine Lehrlinge aus, obwohl sie von ihren Voraussetzungen dazu in der Lage wären. Diese Zahl nannte Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn (SPD) am 5. Juni in der Berufsbildungsdebatte im Bundestag. SPD und Grüne bekräftigten ihre Absicht, notfalls per Gesetz nicht ausbildende Betriebe zu einer Abgabe zu verpflichten. Mit diesem Geld sollen bei den Kammern zusätzliche Ausbildungsangebote geschaffen werden. Union und FDP lehnten eine solche Abgabe strikt ab.

Bulmahn bezeichnete die Lage auf dem Lehrstellenmarkt als äußerst ernst. „Keine Bundesregierung, auch kein Wirtschaftsverband und keine Gewerkschaft“ dürfte tatenlos hinnehmen, dass bis zum Jahresende mehrere zehntausend Jugendliche „unversorgt bleiben“. Die Bundesanstalt für Arbeit befürchtet, dass in diesem Jahr bis zu 70 000 Lehrstellen fehlen werden.

Nach den in Nürnberg veröffentlichten Mai-Daten haben die Betriebe und Verwaltungen ihr Lehrstellenangebot im Vergleich zu 2002 erneut erheblich reduziert, und zwar um 11,1 Prozent oder 53 000 Plätze. Anfang Juni – drei Monate vor dem offiziellen Beginn des neuen Ausbildungsjahres – sind bei den Arbeitsämtern noch bundesweit 307 335 Jugendliche als „unversorgt“ gemeldet. Ihnen steht ein Angebot von 136 039 freien Plätzen gegenüber. Besonders dramatisch ist die Lage in den neuen Bundesländern. Den 111 778 Jugendlichen ohne Stelle können die Arbeitsämter nur 27 000 freie Plätze anbieten. Für den Osten hat die Bundesregierung bereits zusätzliche Hilfen angekündigt.

Die Ministerin bezeichnete es als „Schande“ für alle nicht ausbildenden Betriebe, wenn die Bundesregierung „als letztes Mittel“ zu einer Ausbildungsabgabe greifen müsse. Redner von SPD und Grünen betonten, dass

heute auch Spitzenvertreter der Wirtschaft für eine Abgabe offen seien, weil alle Betriebe auf einen qualifizierten Fachkräftenachwuchs angewiesen seien. Der Präsident des Industrieverbandes BDI, Michael Rogowski, hatte unlängst die Ausbil-

dungsverweigerung eines Teils der Wirtschaft als „parasitär“ bezeichnet.

Die FDP forderte eine Prämie für die Betriebe von 3500 Euro pro zusätzlichem Ausbildungsplatz. Der CDU-Politiker Uwe Schummer schlug für die Unionsfraktion unter anderem vor, den Lehrlingslohn für drei Jahre einzufrieren und Betrieben mit Lehrlingen einen Teil der Sozialversicherungsbeiträge zu erlassen. *-dpa-*

Werbeaktion des Bundesbildungsministeriums:

Mehr Ausbildung bei ausländischen Unternehmern

Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn hat für mehr Ausbildungsplätze bei Betrieben mit ausländischen Inhabern geworben. Ungefähr 11 000 Ausbildungsplätze könnten so zusätzlich geschaffen werden, erklärte Bulmahn in Berlin. Ebenso wichtig und notwendig sei es, mehr ausländischen Jugendlichen eine erfolgreiche berufliche Ausbildung zu ermöglichen. „Der berufliche Erfolg ist ganz entscheidend dafür, ob Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland Fuß fassen können und Integration tatsächlich stattfinden kann“, sagte Bulmahn anlässlich einer gemeinsamen Ausbildungsoffensive von Bundesregierung und Arbeitgebern und Gewerkschaften.

Bei der Tagung wurde auch darüber diskutiert, Informationen über das System der dualen Berufsausbildung in Deutschland künftig stärker über die Medien zu transportieren. „Eine wesentliche Ursache für die geringe Ausbildungsbeteiligung der Jugendlichen ausländischer Herkunft ist der Mangel an ausreichenden Informationen“, betonte Bulmahn. Dies betreffe sowohl die Eltern als auch die ausländischen Unternehmer.

Schätzungen zufolge bilden nur sechs Prozent dieser Unternehmen aus – fünf Mal weniger als bei deutschen Betrieben. In der Aussetzung

der Ausbildereignungsverordnung sieht Bulmahn eine wichtige Voraussetzung gerade auch für ausländische Betriebe, ihre Ausbildungsplatzkapazitäten zu steigern. Zudem verlassen ausländische Jugendliche wesentlich öfter als deutsche Jugendliche die Schule ohne Abschluss. Nur ein Drittel aller Jugendlichen ausländischer Herkunft entscheiden sich für eine Berufsausbildung in Betrieben, im Gegensatz zu zwei Dritteln der deutschen Altersgenossen.

Nach Angaben des Bundesbildungsministeriums erscheinen in Deutschland rund 2 500 fremdsprachige Medien, die unmittelbar die rund 13 Millionen in Deutschland wohnenden Menschen anderer Herkunft erreichen.

Zur besseren Qualifizierung von jungen Ausländern in Deutschland hat das Bundesbildungsministerium bereits ein spezielles Projekt beim Bundesinstitut für berufliche Bildung (BIBB) in Bonn eingerichtet. Ziel der „Initiativstelle Berufliche Qualifizierung von Migrantinnen und Migranten“ ist es, diese junge Menschen an das Regelangebot der Ausbildungsberufe in Deutschland heranzuführen. *-dpa-*

Anfragen – Anträge – Beschlüsse



Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Werner-Muggendorfer, Radermacher, Schieder, Maget u.a. (SPD), 26. Juni 2003

Umgehende Erstellung von Richtlinien zum Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ 2003 bis 2007

Der Landtag wolle beschließen:

Die Bayerische Staatsregierung wird aufgefordert,

1. eine kurz- und mittelfristige Bedarfsplanung für Ganztagschulen zu erstellen,
2. bei der Erstellung der Richtlinien zum Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ das Konnexitätsprinzip zu beachten,
3. in den Richtlinien festzuschreiben, dass der Freistaat die Personalkosten für die Ganztagschulen und Schulen mit Ganztagsangeboten übernimmt,
4. ebenso festzuschreiben, dass sich der Freistaat an den Kosten für Errichtung und Unterhalt der Gebäude beteiligt,
5. keine Mindestinvestitionssumme vorzuschreiben,
6. sicherzustellen, dass die Investitionsförderung des Bundes nicht zu einer Rückführung der Ausschüttung der Landesmittel an die Kommunen führt.

Begründung: Die durch die Bundesregierung zur Verfügung gestellten Mittel in Höhe von 595 Mio. Euro bieten die Chance, auch in Bayern pädagogisch anspruchsvolle Konzepte zum Ausbau echter Ganztagschulen auf breiter Basis umzusetzen.

Nach wie vor setzt die Bayerische Staatsregierung auf die mehr oder weniger

zufallsabhängige Nachmittagsbetreuung der Kinder in den Schulen. Damit entzieht sich der Freistaat seiner pädagogischen Verantwortung und wälzt die Kosten für Lehr- und Erziehungspersonal auf die Kommunen ab.

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Maget, Wahnschaffe, Hoderlein u.a. (SPD), 06. Mai 2003

Ausbildungsplätze jetzt – nachhaltiges Landesausbildungsprogramm zur Überwindung regionaler Benachteiligungen und Verbesserung der Ausbildungschancen bayerischer Jugendlicher

Der Landtag wolle beschließen:

Angesichts der dramatischen Ausbildungssituation für das Ausbildungsjahr 2003/2004 in Bayern fordert der Landtag die Staatsregierung auf,

1. die Staatsregierung legt ein nachhaltiges Landesausbildungsprogramm auf, das darauf ausgerichtet ist, die regionalen Unterschiede der Ausbildungsangebote auszugleichen und die Ausbildungschancen von Schulabgängern zu erhöhen,
2. in jedem Arbeitsamtsbezirk Bayerns, in dem das Angebot von Ausbildungsstellen unter der Zahl der Bewerber liegt, eine Ausbildungskonferenz unter Beteiligung der regionalen Wirtschaft und des Handwerks durchzuführen,
3. daran mitzuwirken, dass die Ausbildungshilfen der Bundesregierung und der Staatsregierung gebündelt und unverzüglich werden,
4. in Ausbildungsregionen mit einem Unterangebot an Ausbildungsstellen

Strukturhilfen zu leisten und sich für die Schaffung neuer Ausbildungsstellen, für Ausbildungsverbünde und für über- und außerbetriebliche Ausbildungsmöglichkeiten einzusetzen.

Der Landtag fordert die bayerische Wirtschaft und das Handwerk auf, ihrer Verantwortung gerecht zu werden und für jeden ausbildungswilligen Jugendlichen einen Ausbildungsplatz zur Verfügung zu stellen.

Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Glück, Schneider u.a. (CSU), 22. Mai 2003

Drs. 14/11625, 14/12437

Unterrichtung von Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf

Die Staatsregierung wird aufgefordert, zwei Jahre nach Inkrafttreten der Novellierung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen dem Landtag im Sinne des Konnexitätsprinzips zu berichten, ob die darin enthaltenen Regelungen für die Beschulung von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf zu finanziellen Veränderungen – Mehr- oder Minderbelastungen – bei den Kommunen führen. Der Bericht soll alle Mehr- bzw. Minderbelastungen, die nach Inkrafttreten der Verfassungsänderung zum Konnexitätsprinzip entstanden sind, enthalten und Basis für einen Ausgleich nach dem Konnexitätsprinzip sein.

Der Präsident: Böhm

Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Dr. Dürr, Schopper u.a. (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), 06. Mai 2003
Drs. 14/10900, 14/12183

Modellprojekte zur integrierten Ausbildung in Pflegeberufen initiieren

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die über das Bundesgesetz zur Ausbildung in der Altenpflege neu geschaffene Möglichkeit zur Erprobung integrierter Ausbildungsmodelle zur Weiterentwicklung der Pflegeberufe im Rahmen der im Staatshaushalt vorhandenen Mittel aufzugreifen und Modellprojekte zu initiieren.

Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Meyer, Rudrof u.a. (CSU), 06. Mai 2003
Drs. 14/11693, 14/12156

Bürokratieabbau bei der Beschäftigung von Lehrkräften

Die Staatsregierung wird aufgefordert, das Verfahren zur (Wieder-) Beschäftigung von Lehrkräften für unterhältige oder nebenamtliche Tätigkeit sowie für sonstige Aushilfstätigkeit von Lehrkräften zu vereinfachen.

Dabei sind insbesondere folgende Zielsetzungen zu beachten:

- Vermeidung einer wiederholten Vermeidung/Belehrung von bereits zu einem früheren Zeitpunkt Beschäftigten,
- Verzicht auf die erneute Beibringung von Personalunterlagen bei erneuter Beschäftigung,
- Verkürzung der Entscheidungsabläufe durch Verlagerungen von Zuständigkeiten.

Der Präsident: Böhm

Antrag der Abgeordneten Odenbach, Naaß u.a. (SPD), 10. April 2003

Weiterführung der voraussetzungslosen Teilzeit im Schulbereich

Der Landtag wolle beschließen:
Die Staatsregierung wird aufgefordert, die ab dem Schuljahr 2003/2004 verfügte Einschränkung der Bewilligung von Teilzeitbeschäftigung nach Art. 80a BayBG (sog. voraussetzungslose Teilzeit) zurückzunehmen.

Begründung:

1. Die Möglichkeit, Lehrkräfte ab dem 55. Lebensjahr einzubeziehen, ist ein Weg, Frühpensionierungen zu vermeiden.

2. Lehrkräfte, die freiwillig aus der Grundschule in die besonders belastende Arbeit der Hauptschule wechseln, sollten bei Bedarf (Antrag) die bisher bestehende höhere Entlastungsmöglichkeit nutzen können.

3. Die sonst geltenden Stichtagsregelungen für Altersteilzeit und Altersermäßigung sehen für Lehrkräfte, die in der 1. Schuljahreshälfte geboren sind, einen positiven Einbezug in die Regelungen vor.

Antrag der Abgeordneten Odenbach, Naaß u.a. (SPD) 10. April 2003

Weiterführung der arbeitsmarktpolitischen Beurlaubungen im Schulbereich

Der Landtag wolle beschließen:
Die Staatsregierung wird aufgefordert, die ab dem Schuljahr 2003/2004 verfügte Einschränkung bzw. Beendigung der Möglichkeit arbeitsmarktpolitischer Beurlaubungen für Hauptschullehrkräfte und Fachlehrerinnen/Fachlehrer an Volksschulen nach Art. 80c BayBG zurückzunehmen.

Die Möglichkeiten der arbeitsmarktpolitischen Teilzeitbeschäftigung für Lehrkräfte sind in vollem Umfang weiterhin offen zu halten.

Begründung:

1. Der Weg der arbeitsmarktpolitischen Beurlaubung ermöglicht Lehrkräften auch nach dem Wegfall der Voraussetzungen

der familienbezogenen Beurlaubung eine Fortführung ihrer Familienarbeit. Viele dieser beurlaubten Lehrkräfte haben sich darauf eingestellt, nach der langen Zeit außerhalb der Schule nicht mehr in den Schuldienst zurückzukehren. Dazu werden sie nunmehr gezwungen.

2. Weiterhin ist das Instrument der arbeitsmarktpolitischen Beurlaubung nach Art. 80c BayBG eine äußerst wichtige Maßnahme, um jungen Lehrerinnen und Lehrern nach bestandener 1. LAP einen Einstieg in den Schuldienst zu ermöglichen. Auf den Wartelisten stehen nach wie vor viele Bewerberinnen und Bewerber. Notwendig ist hier eine größere Flexibilität hinsichtlich des Einsatzes und ein Abgehen von der starren Zuordnung zu einzelnen Schularten.

Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag des Abgeordneten Sibler (CSU), 06. Mai 2003

Drs. 14/11903, 14/12187

Thematisierung von Landtags- und Bezirkstagswahlen 2003 in bayerischen Schulen

Die Staatsregierung wird aufgefordert, in Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung ein Konzept für eine Begleitung der bevorstehenden Landtags- und Bezirkstagswahlen durch die Schulen in Bayern zu entwickeln.

Der Bayerische Jugendring ist einzubeziehen.

Die Selbsttätigkeit der Schülerinnen und Schüler ist zu berücksichtigen.

Der Präsident: Böhm

Antrittsvorlesung an der Nürnberger WiSo-Fakultät:

„Wirtschaftsdidaktik zwischen ökonomischer Rationalität und pädagogischem Anspruch“

ARMIN ULBRICH

Die Überschrift nennt das Thema, welches Prof. Dr. Josef Aff in seiner öffentlichen Antrittsvorlesung Anfang Juni an der Nürnberger Uni behandelte. Im Untertitel hieß es ganz konkret: „Folgerungen für das Forschungs- und Lehrprogramm der Nürnberger Wirtschaftspädagogik“. Aff, Jahrgang 50, versteht sich als Praktiker und Theoretiker zugleich. Dieses Selbstverständnis ergibt sich u.a. aus seinem beruflichem Werdegang, der in Wien begann. In seiner österreichischen Heimat unterrichtete er an Handelsschulen und Handelsakademien und holte sich dabei die schulpraktischen Erfahrungen, die ihm heute so hilfreich sind. Sukzessive wuchs er in die Lehrerbildung hinein; Wien und Innsbruck waren dabei entscheidende Stationen. 1995 folgte die Berufung auf den Lehrstuhl für Wirtschaftspädagogik in Köln und seit dem 1.4.2002 leitet er den „Lehrstuhl für Wirtschaftspädagogik und Personalentwicklung“ an der Nürnberger Uni.

Zu Beginn seiner Vorlesung verwies Aff auf die Dialektik des Lehrerberufs: Einerseits müssen die Schüler für den Arbeitsmarkt fit gemacht werden, andererseits habe die Schule pädagogischen Ansprüchen zu entsprechen. Die Bildungspolitik dürfe jedenfalls „kein Schmiermittel der Wirtschaftspolitik“ sein, sagte Aff. Seine Vorstellung von Lehrerbildung fuße in der Aufklärung, genauer gesagt bei Kant. Überaus anschaulich arbeitete er den „homo oeconomicus“ (z.B. eines Milton Friedman) heraus, um diese „Turbovariante“ dann den Vorstellungen sozialverantwortlicher Wirtschaftstheoretiker mit ihrem Empfinden für Fairness und Wohlfahrt gegenüber zu stellen. Da Wissenschaftsorientierung ein entscheidendes fachdidaktisches Kriterium sei, verwies der Referent auf die Bedeutung unter-

schiedlicher betriebswirtschaftlicher Ansätze (von der klassischen BWL mit ihrem Erklärungs- und Anwendungsbezug bis hin zu ethisch-normativen Konzepten) bei der Unterrichtsgestaltung.

Diesen differenzierenden Bezug bezeichnete er als zentrales didaktisches Anliegen. „Die Anknüpfung der Fachdidaktik an verschiedene Lehrmeinungen ist ein wesentlicher Aspekt der Unterrichtsgestaltung“, erklärte der Referent.

Wissenschaftsorientierung setze er nicht gleich mit linearer Ableitung der wissenschaftlichen Lerninhalte. „Eine verkürzte Interpretation des Wissenschaftsprinzips ist u.a. die Ursache für die schlechte Reputation des Frontalunterrichts, der vielfach als langweilig, abstrakt und lebensfern wahrgenommen wird“, sagte Aff.

Im zweiten Teil seiner Ausführungen beschäftigte sich der Referent mit dem fachdidaktischen Anliegen „Reduktion und Transformation“ und stellte – exemplarisch – die curriculare Strategie von Kaminski vor. Dieser empfiehlt eine methodisch gestützte Reduktion komplexer Zusammenhänge und orientiert sich vor allem am theoretischen Konzept der Ökonomik. „Der archimedische Punkt seines Ziel-Inhalt-Konzeptes ist die jeweilige Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die auch die Moral bestimmt“, sagte Aff. In Anlehnung an die Ökonomik finde man bei Kaminski Fragen zur Bestimmung gegenwärtiger und zukünftiger Lebenssituationen und somit ökonomischer Inhalte:

Wie beispielsweise agieren Individuen (Handlungstheorie)? Wie arbeiten sie mit anderen Akteuren zusammen (Interaktionstheorie)? Oder: Wie wirkt sich dies unter den Regeln der Institutionen (Institutionentheorie) aus?

Im Gegensatz zur Strategie von Kaminski, tritt Aff für einen „aufgeklärten

Eklektizismus“ ein, wenn es darum geht, inhaltliche methodische Entscheidungen für Lehrplan und Unterrichtsgestaltung zu treffen. Im Rahmen curricularer Aspekte spiele die Lehrerpersonlichkeit eine zentrale Rolle. Wie Hartmut von Hentig beispielsweise, sieht Aff im Lehrer den entscheidenden Curriculum-Faktor.

„Die Unterrichtsarbeit ist Beziehungsarbeit zwischen Lehrenden und Lernenden“, sagte Aff. Deshalb halte er es für unverzichtbar, auch die Kommunikationswissenschaften als Bezugswissenschaft ins Studium der Wirtschaftspädagogik zu integrieren. „Der Lehrer ist eben nicht nur Experte für die Vermittlung ökonomischer Zusammenhänge und die Organisation von Lernprozessen, sondern hochgradig auch Kommunikationsarbeiter“.

Lehrerbildung sei letztlich konsequente Förderung der Lehrerpersönlichkeit. Dies komme auch in der neuen Bezeichnung seines Lehrstuhls „Wirtschaftspädagogik und Personalentwicklung“ zum Ausdruck.

Sein Grundverständnis von einer zukunftsorientierten ökonomischen Bildung machte Professor Aff am Schluss seiner Vorlesung deutlich und wählte dazu das Beispiel der Puma AG: Das Unternehmen hatte 2002 den Netzwerkpreis für Wirtschaftsethik erhalten, weil es ihm gelang, eine vorbildliche ökonomische Rationalität (wachsende Gewinne und Umsätze) mit „lebenspraktischer Vernunft“ zu verknüpfen. Sowohl im Stammhaus als auch bei den Zulieferern wurden strenge ökologische und ethische Standards eingehalten.

Die engagiert-dynamische Vortragsweise, der charmant wienerisch eingefärbte Sprachduktus, vor allem aber das anspruchsvolle fachliche und intellektuelle Niveau ließen Affs Antrittsvorlesung zu einem echten Genuss werden. Seine Vision von wirtschaftspädagogischer Arbeit im Spannungsfeld zwischen Rationalität und Verantwortung entspricht exakt dem Berufsverständnis der Kolleginnen und Kollegen in den wirtschaftsberuflichen Schulen. Der VLB freut sich auf eine fruchtbare Zusammenarbeit mit Prof. Dr. Josef Aff und seinem Lehrstuhl. <

Der kurze Sommer der kurzen Saison – Ferienspanne wieder länger

Die Sommerferien sollen nach dem Willen der Landeskultusminister von 2005 an wieder über einen längeren Zeitraum verteilt werden. Die Kultusministerkonferenz (KMK) einigte sich bei ihrer Tagung am 12. Juni in Rostock auf einen Kompromiss, wonach die Zeitspanne für die Staffelung der Ferien von durchschnittlich 75 auf 83 Tage ausgedehnt wird. „Der erste Ferientag wäre etwa am 20. Juni und der letzte am 15. September“, sagte die KMK-Präsidentin, Hessens Kultusministerin Karin Wolff (CDU). Die Neuregelung muss nun noch am 26. Juni von den Ministerpräsidenten der Länder verabschiedet werden.

Wolff und die schleswig-holsteinische Bildungsministerin Ute Erdsiek-Rave (SPD) zeigten sich zuversichtlich, dass die Länder-Regierungschefs dem Kompromiss folgen werden. Damit würden „pädagogische und schulorganisatorische sowie tourismuspolitische, verkehrspolitische und umweltpolitische Aspekte angemessen berücksichtigt“, erklärte die KMK in Rostock.

Mit ihrem Vorschlag entsprechen die Kultusminister einer Bitte der Ministerpräsidenten nach Revision des KMK-Beschlusses zur Neuregelung der Sommerferien von 1999. Damals hatten sie den Zeitkorridor für die großen Ferien von 91 auf 72 Tage verkürzt, so dass in diesem Jahr erstmals alle Bundesländer im Juli und August Sommerferien haben. Dies war vor allem von der Tourismuswirtschaft kritisiert worden, die lange Staus, eine verkürzte Saison und dadurch bedingte Millioneneinbußen befürchtet.

Über Einzelheiten der künftigen Ferienregelung hatte sich eine KMK-Arbeitsgruppe unter Beteiligung der Wirtschaftsministerkonferenz bereits am 11. April verständigt. Falls die Ministerpräsidenten dem neuen Konzept zustimmen, würde die Reform von 1999 verworfen, bevor überhaupt jegliche Er-

fahrungen im ersten Sommer ihrer Umsetzung gemacht worden sind. Wolff betonte, die Tourismusbranche habe mit dafür gesorgt, dass eine Änderung vollzogen werde. Sie könne mit dem Kompromiss sehr zufrieden sein. Die Spanne vom 20. Juni bis 15. September sei ein sehr großer Spielraum: „Wenn die letzten Länder mit den Sommerferien aufhören, gehen die ersten schon wieder fast in die Herbstferien.“

Inklusive der unmittelbar vor oder nach den Ferien liegenden Wochenenden ergibt sich für 2005 ein Gesamtferienzeitraum von 84 Tagen. Im Jahr 2006 liegt die Dauer bei 86 Tagen und im 2008 bei 87 Tagen. In Nordrhein-Westfalen werden die Sommerferien nach der jetzt beschlossenen Regelung früher beginnen, so dass es nur zum Teil zu Überschneidungen mit den Ferien in Bayern und Baden-Württemberg komme, hieß es weiter.

Geteiltes Echo auf neue Sommerferien-Regelung

Der Beschluss der Kultusministerkonferenz stieß auf ein geteiltes Echo. Der Deutsche Tourismusverband (DTV) monierte, dass der Gesamtferienzeitraum mit durchschnittlich 83 Tagen nicht lang genug sei. Der DTV habe, wie auch die Wirtschaftsministerkonferenz, durchschnittlich 87,7 Tage befürwortet, erklärte der Verband. Die Verkürzung des Zeitraums, auf den sich die Sommerferien der Länder verteilen, habe drastische wirtschaftliche Auswirkungen. Der Verband errechnete für den Verlust eines einzigen Ferientages ein rechnerisches Minus von rund 1 Million Übernachtungen.

Positiv reagierte dagegen die Bundesarbeitsgemeinschaft Urlaub auf dem Bauernhof und Landtourismus in Deutschland (BAG). Da in diesem Jahr Ende Juli in den drei bevölkerungsreichsten Bundesländern rund 41 Millionen Einwohner fast gleichzeitig in die

Sommerferien gehen, befürchtet die BAG massive Bettenengpässe. In den Monaten außerhalb dieser Zeit werde es dagegen zu Auslastungsproblemen kommen, hieß es.

Auch der Hotel- und Gaststättenverband (BHG) des Urlaubslandes Bayern ist mit der neuen Regelung zufrieden. Damit könne den Gästen ein besserer Service geboten werden, die Reisesaison sei länger.

Durch die Entzerrung der Ferien soll auch die Zahl der Staus in der Hauptsaison verringert werden. „Die jetzige Regelung ist ein Schritt in die richtige Richtung“, sagte eine Sprecherin des ADAC. Jedoch müsse man noch bis 2005 mit dem Problem leben. „Bis dahin können wir Reisenden nur raten, nicht zu Ferienbeginn und am Wochenende in den Urlaub zu starten.“ -dpa-



Nach schweißtreibenden Wochen und viel Stress am Schuljahrsende eine erholsame Sommerpause, nachhaltige Entspannung und viele aufbauende Erlebnisse in der unterrichtsfreien Zeit.

Dies wünscht der VLB allen Kolleginnen und Kollegen im Lande und darüber hinaus all denen, die ansonsten Verantwortung tragen für die Bildung der Jugend im Beruf.

Projektorganisation als Möglichkeit der Beförderung des Schulentwicklungsprozesses:

Prof. Dubs über die Leitung einer Schule

BERNHARD ZELLER

In seiner mitreißenden und souveränen Art erläuterte Prof. Dr. Dubs anlässlich einer Fortbildung für Schulleiter an Wirtschaftsschulen in Ingolstadt konkrete Fragen, mit denen sich Schulleiter tagtäglich konfrontiert sehen. Seine sehr praktischen und gut umsetzbaren Tipps untermauerte und begründete er mit seiner enormen wissenschaftlichen Kenntnis. Als Wissenschaftler und Lehrer (diesem Berufsstand fühlte und fühlt er sich immer zugehörig, wie durch das „Wir“ in seinen Ausführungen klar ersichtlich wurde) wählte er entgegen heutigen Trends als Medien lediglich Flip Chart, Tafel und Kreide. Er zeigte damit eindrucksvoll, womit eine echte Lehrerpersönlichkeit auskommen kann.

In seinem Vortrag führte er aus, dass im Rahmen der von der Schulaufsicht den Schulen gegebenen Gestaltungsfreiheit eine jede Schule ein Profil entwickeln soll, in das die Visionen, die er als unerlässlich für einen guten Schulleiter hält, einfließen müssen. Aus diesem Profil sind Maßnahmen zur Schulentwicklung abzuleiten. Dies geht allerdings nicht ohne Über-

legungen hinsichtlich der Organisation und Kommunikation in der Schule. Schulleiter, die sich lediglich als verlängerten Arm der Schulaufsicht begreifen, so Prof. Dr. Dubs, sind denkbar ungeeignet, Schulentwicklungsprozesse zu initiieren, da sie zu stark den administrativen Aufgaben der Schule verhaftet sind.

Neben der herkömmlichen Stab-Linien-Organisation von Schulen schlägt er ergänzend die Matrix- oder die Projektorganisation vor. Während die Matrixorganisation nur mit einer äußerst innovativen Lehrerschaft Erfolg verspricht, ist der Einsatz der Projektorganisation leichter durchführbar und wird von ihm empfohlen (siehe untenstehende Struktur).

Ergänzend und nur dem Schulleiter unterstellt, sollen ständige und vorübergehende Projektgruppen gebildet werden. Beispiele für ständige Projektgruppen wären z. B. die Gruppe zur Überprüfung der Einhaltung des Leitbildes, die Steuergruppe für die Schulentwicklung, die Gruppe zur Auswertung überregionaler Tests oder die Gruppe für Qualitätsmanagement. Vorübergehend können sich Gruppen mit eng umgrenzten Fragestellungen

beschäftigen, wie z. B. der Disziplinschwierigkeiten, der Förderung der Lernbereitschaft und -fähigkeit, der Verbesserung der Zusammenarbeit im Kollegium.

Um eine Projektgruppe erfolgreich zu installieren, müssen neben der Zusammensetzung der Auftrag und die Art und Weise der Kommunikation bedacht werden.

Die Mitglieder der Projektgruppen werden einerseits vom Schulleiter berufen, andererseits von den Fachgruppen dorthin entsandt oder von der Lehrerkonferenz gewählt. Die Leiter der Projektgruppen erhalten ihren Auftrag schriftlich von der Schulleitung, nachdem ein Entwurf gemeinsam mit dem Leiter besprochen und überarbeitet wurde. Um klare Vorgaben zu haben, sollte der Auftrag folgende Punkte erfassen:

1. Eine Beschreibung des Umfelds

In einer kurzen Erklärung soll das zu bearbeitende Problem umrissen und die Notwendigkeit der Beschäftigung damit begründet werden.

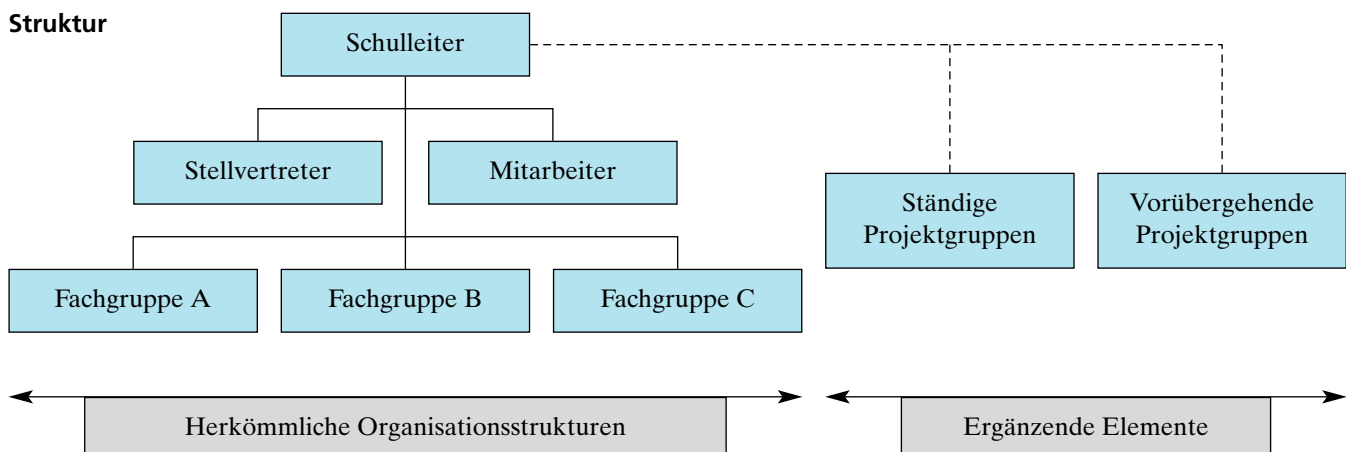
2. Eine Zielsetzung

Es muss eine klare Terminsetzung erfolgen und das „Tun“ sowie das Ergebnis in operationalisierter Form beschrieben werden.

3. Benennung der Mitwirkenden und ihre Kompetenzen

Es müssen neben den in der Gruppe agierenden Lehrkräften vor allem die Kompetenzen des Projektgruppenleiters festgelegt werden, z.B. welche Außenkontakte ihm

Struktur



ohne Einschaltung der Schulleitung direkt möglich sein sollen.

4. Festlegung der zur Verfügung stehenden Ressourcen

Neben einem eventuell notwendigen finanziellen Budget kann hier z. B. auch die zugeteilte Arbeitsleistung des Sekretariats formuliert werden (10 Stunden Sekretariatsarbeiten).

durch Aushänge im Lehrerzimmer sowie per E-Mails genutzt; darüber hinaus gab er wertvolle Hinweise über den Aufbau eines Lehrerrundbriefs. Zusätzlich zu den Informationen könnten zwei Punkte geführt werden, die überschrieben werden „was mir gefallen hat“ und „was mich geärgert hat“. Während in erster Rubrik z. B. vor allem jene Lehrkräfte genannt

und Fähigkeiten seiner Lehrkräfte gut kennt und nach Übertragung von Aufgaben diese Lehrkräfte auch um Rat fragt. So gelingt es, eine emotionale Bindung aufzubauen. Auch hier gilt natürlich, dass weitere Verstärkungen erfolgen sollten. Neben der Anerkennung durch Lob und kleine Geschenke wäre die Vergabe von Anrechnungsstunden sinnvoll. Ebenfalls wurde von Dubs vorgeschlagen, jeder Lehrkraft eine Wochenstunde Unterrichtsnachlass zu gewähren, damit zwei Stunden pro Woche für Schulentwicklung geleistet werden kann. Eine Forderung, die, nimmt man Schulentwicklung wirklich ernst, nicht unbeschneiden ist. Allerdings wurden die Chancen der Verwirklichung von den Teilnehmern eher negativ eingeschätzt.



Kam mit Tafel und Kreide sowie Flip-Chart bei seinem Vortrag aus:
Prof. Dr. Rolf Dubs

5. Mögliche Hilfestellungen

Hier kann beschrieben werden, welche Literatur zur Verfügung steht oder welche Quellen außerhalb der eigenen Schule ansprechbar wären, z. B. eine Schule, die bereits positive Erfahrungen bei der Bearbeitung gleichartiger Probleme gesammelt hat.

6. Erstellung von Zwischenberichten

Zu genau bestimmten Terminen sollen Zwischenberichte, möglichst in schriftlicher Form, an die Schulleitung gegeben werden.

Grundsätzlich ist sicherzustellen, dass der Auftrag an die Projektgruppe der gesamten Lehrerschaft bekannt gemacht wird. Die Form der Bekanntmachung ist dabei frei wählbar.

In einem Exkurs ging Prof. Dubs auf Möglichkeiten der Kommunikation ein, da alle Schulleiter wohl mit dem Problem konfrontiert sind, wie sie es anstellen sollen, dass alle Lehrkräfte die für sie wichtigen Informationen erhalten. Dabei empfahl er, ein Kommunikationskonzept für die eigene Schule zu entwerfen. Allen Lehrkräften muss klar sein, wie Kommunikation an der jeweiligen Schule abläuft. Häufig werde die Möglichkeit der Information in Konferenzen oder

werden könnten, die für die Schule Aufgaben übernehmen, die über ihre Dienstpflichten hinausgingen, könnten in zweiter Rubrik in anonymisierter Form Vorfälle angesprochen werden, die unbefriedigend sind.

Eine Schlüsselstellung im Rahmen der Kommunikation nimmt das Sekretariat ein. Um ein funktionsfähiges Sekretariat zu erhalten, sollte die Schulleitung u. a. darauf achten, dass ganze Aufgaben delegiert und die Philosophie der Schule/der Schulleitung vom Sekretariat verstanden und übernommen werden. Eine Selbstverständlichkeit eines jeden Schulleiters sollte sein, Anerkennung für die geleistete Arbeit des Sekretariats auszusprechen.

Ein weiteres wichtiges Instrument einer Schulleitung ist die Delegation. Dubs definierte die Delegation als „Führungskunst“. Auch hier gab er Hinweise, die helfen könnten, Schulleitungen zu entlasten ohne andere Lehrkräfte zu überlasten. Neben der Überlegung, welche Aufgaben überhaupt delegierbar sind, ist ein zentraler Punkt die Frage, an wen delegiert werden soll. Eine Delegation über Verordnung ist zum Scheitern verurteilt. Sinnvolle Delegation setzt voraus, dass der Schulleiter die Interessen

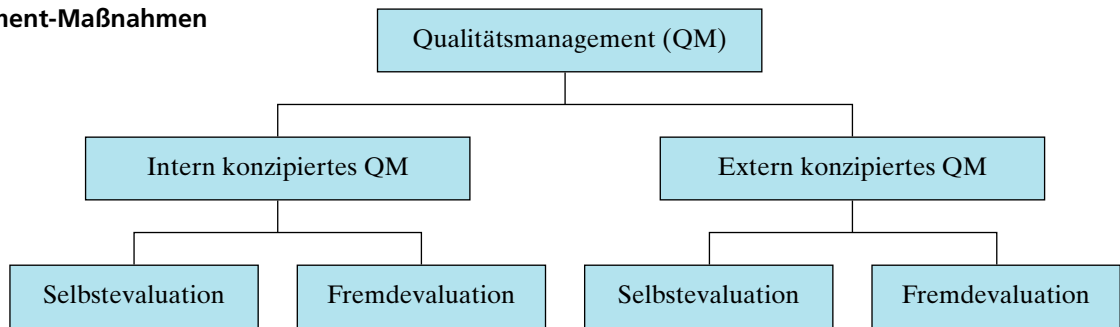
Es bestand die einhellige Meinung, dass Schulentwicklung nicht zum Nulltarif zu haben sei und häufig von Schulen Potemkinsche Dörfer aufgebaut werden, Maßnahmen also, die allein auf Außenwirkung zielen. Prof. Dr. Dubs empfahl, aus dem Leitbild der Schule ein Schulprogramm zu entwickeln. Das Leitbild sollte dabei von allen Lehrkräften mitkonzipiert werden. Die Visionen des Schulleiters sollten dabei einfließen. Denn Untersuchungen zeigten, dass neutrale Schulleiter erfolglos agieren.

Eine zentrale Stelle in der Schulentwicklung nimmt das Qualitätsmanagement (Qualitätssicherung) ein. Dabei stellte er fest, dass die Wissenschaft nicht in der Lage ist, anzugeben, was Qualität bei Schulen bedeutet. Ein Ranking einzelner Schulen sieht er als keine Lösung an, da Schüler- und Schulleistung von sehr vielen Faktoren beeinflusst wird, Ranking viel unnötige Unruhe in Schulen bringt und ein zu hoher Forschungsaufwand dadurch entsteht.

Qualitätsmanagement kann jedoch nur dann geleistet werden, wenn dafür entsprechend ausgebildete Lehrkräfte an Schulen sind. Die Akademie in Dillingen wird, so Prof. Dubs, demnächst Kurse dafür anbieten.

Qualitätsmanagementmaßnahmen lassen sich – nach Dubs – folgendermaßen strukturieren:

Qualitätsmanagement-Maßnahmen



Als extern konzipierte Fremdevaluation wären die PISA-Tests oder Überprüfungen durch die Schulaufsicht anzusehen.

Dubs favorisiert dagegen intern konzipierte Maßnahmen der Selbstevaluation. Er lehnt deutlich QM-Konzepte wie ISO oder EFQM ab, da Schulen nicht mit Betrieben gleichgesetzt werden können und diese Konzepte viel zu umfangreich sind. Ebenfalls sollten Schulen darauf verzichten, Qualität im Sinne einer Breitbanduntersuchung zu erfassen. Sinnvoll ist da-

gegen eine Focusevaluation in einem Teilbereich. Zunächst sollte festgelegt werden, welche Teilbereiche am wichtigsten sind. Sensible Bereiche, wie z.B. die Befragung von Schülern zur Lehrerbeurteilung, sollte man nicht an den Anfang stellen.

Sind die Bereiche, die untersucht werden sollen, festgelegt, so muss die Qualität definiert, das Instrument für die Untersuchung bestimmt und der Sinn festgehalten werden. Ein solches Programm könnte dann wie folgt aussehen:

Soll der Bereich Unterricht/Lehrkräfte durch Befragung von Schülern untersucht werden, so gelten dafür folgende Bedingungen:

1. Verständlicher, gut strukturierter Fragebogen¹
2. Anonyme Durchführung
3. Erst ab der 3. Klasse der Grundschule
4. Es soll daraus kein Ritual werden (eher einmalige Abfrage zum Ende eines Ausbildungsabschnitts)

Wie Prof. Dubs anmerkte, haben vergleichende Untersuchungen über Beurteilungen von Lehrkräften ergeben, dass die zuverlässigsten Lehrerbeurteilungen durch Schüler (nicht durch Schulleiter!) erstellt werden. Ebenso wurde festgestellt, dass die als gut beurteilten Lehrkräfte bessere Prüfungsleistungen der Schüler erzielen. Auf eine Gruppenbewertung von Lehrern (z.B. alle Lehrkräfte einer Klasse) sollte aufgrund mangelnder Aussagekraft verzichtet werden.

Die Befragungsbogen werden von der QM-Gruppe ausgewertet und daraus Anträge an den Schulleiter für die Schulentwicklung gestellt.

Langanhaltender Beifall der ca. 30 anwesenden Schulleiter am Ende des Vortrags zeugte von der hohen Wertschätzung des Gesagten und des Vortragenden. Die Schulleiter erhielten eine Menge praktischer Tipps, für die man gerne einen Samstag opfert. <

¹ Z. B. in Institut für Wirtschaftspädagogik St. Gallen (Hrsg.); Qualitätsmanagement

Schulbereich

Schulklima
(Befragung von Schüler und Lehrer)

Schulleitung
(Befragung der Lehrer)

Eltern
Schulanlage

Instrument

Bessoth-Inventar (mit Durchschnittsvorgaben)

Fragebogen nach Prof. Dr. Dubs

Selbstkonzipierter Fragebogen

Z. B. in Schülergruppen erstellte Berichte zur Schulanlage

Qualitätsdefinition

Besser als der Durchschnitt der in der Untersuchung vorgegeben ist

Möglichst gute Werte

Möglichst gute Aussagen

Möglichst gute Berichte

Sinn

Zufriedenheit

Gute Schulleitung ist wesentlich für den Erfolg einer Schule

Verhältnis der Eltern zur Schule

Wohlbefinden der Schüler

Fremdsprachen an der beruflichen Schule:

TOEIC-Test - Eintrittskarte in eine globale Berufswelt

WOLFGANG TOWARA

Samstag, 5. April 2003, an einer beruflichen Schule im Freistaat. Prüfungsatmosphäre. 33 Schülerinnen und Schüler aus der Berufsschule, Fachoberschule und Berufsoberschule lauschen konzentriert einem Hörtext auf Englisch und beantworten knifflige Fragen. Sie nehmen freiwillig am TOEIC-Test (Test of English for international communication) teil, der jährlich weltweit von mehr als 2 Millionen Kandidaten absolviert wird und heute der meistverwendete Englischtest für berufliche Zwecke ist.

Warum opfern Schüler ihre Freizeit für einen Test?

Gerade im beruflichen Bereich – sowohl bei kleinen als auch bei multinationalen Unternehmen – ist Englisch in allen internationalen Beziehungen ein wichtiges Kommunikationsmittel geworden. Um zuverlässige und messbare Angaben über die tatsächliche Englischkompetenz von Mitarbeitern zu erhalten, wurde der standardisierte TOEIC-Test entwickelt, der das Leistungsniveau nicht-englischsprechender Personen bewertet, die die englische Sprache in beruflichen Situationen für internationale Kommunikation benötigen.

Der Test wird von Wissenschaftlern entwickelt und ermittelt, ob eine Person Englisch in alltäglichen, berufsbezogenen Situationen (Verhandlungen, Sitzungen, Reisen, Telefongesprächen, Berichten usw.) erfolgreich einsetzen kann. Der TOEIC ist damit eine einheitliche Bewertungsgrundlage für die Personalabteilungen international tätiger Unternehmen.

Wie ist die TOEIC-Prüfung aufgebaut?

Der Test besteht aus 200 Multiple-Choice-Fragen und dauert zwei Stunden. Er umfasst 100 Fragen zur Fest-

stellung des Hörverständnisses mit Hilfe eines Audiogerätes und 100 Fragen zur Feststellung des Leseverständnisses.

Die im TOEIC verwendeten Fragen basieren auf authentischen Situationen des internationalen Berufslebens. Das Hör- und das Leseverständnis eines jeden Teilnehmers werden getrennt bewertet. Die in einem jeden Teil zu erreichende Punktzahl liegt zwischen 5 und 495 Punkten, die Gesamtpunktzahl zwischen 10 und 990 Punkten.

Jeder Teilnehmer bekommt ein Zertifikat mit Angabe der Punktzahl, mit dem er eine internationale Anerkennung seiner Englischkenntnisse in den Händen hat.

Mit Hilfe der den Ergebnissen beigefügten Interpretationstabelle können das Kenntnisniveau der Teilnehmer sowie die Aufgaben, die sie in englischer Sprache übernehmen können, ermittelt werden.

Die Deutsche Post als Dienstleister:

Direktmarketing – Full-Service für Mittelständler

MARTIN RUF

In allen Berufszweigen ist es heute unerlässlich durch geeignete Marketingmaßnahmen auf sich aufmerksam zu machen. Direktmarketing ist dabei eine der besten Möglichkeiten mit Kunden in Kontakt zu kommen.

Bereits zum zweiten Mal hatte der Autor die Gelegenheit mit seiner Klasse an einem Direktmarketing Seminar der Deutschen Post teilzunehmen. Nachfolgend einige Anmerkun-

Wer verwendet den TOEIC-Test?

Die meisten internationalen Großkonzerne und rund 2000 europäische Unternehmen vertrauen auf den TOEIC wenn es darum geht, die Englisch-Sprachkenntnisse ihrer Mitarbeiter zu bewerten. Häufig wird in den Stellenanzeigen großer europäischer Konzerne auf die für die jeweiligen Stellen notwendigen TOEIC-Ergebnisse verwiesen.

Fazit: Der TOEIC – Ein Vorteil bei der Bewerbung

Als weltweit bekanntester Test für berufsbezogenes Englisch ist der TOEIC-Test ein Plus im Lebenslauf und ein Nachweis der eigenen Englischkenntnisse – der Grund, warum die Schüler einen Samstagmorgen opfern und gegen Prüfungsgebühr von 90 Euro freiwillig am Test teilnehmen.

„Was ich am TOEIC-Test gut finde ist, dass ich jetzt meinen Englisch-Standard im internationalen Vergleich kenne“ meinte eine Schülerin nach Erhalt ihres Zertifikats.

Die Schüler waren einhellig der Ansicht, dass die Abhaltung der TOEIC-Prüfung ein attraktiver Service sei, der auch künftig angeboten werden sollte. <

die den Weg der Direktwerbung wählen, erkennen mittlerweile auch immer mehr kleine und mittelständische Firmen die Stärken des direkten Kundenkontakts.

Die neuen kundenindividuellen Komplettlösungen der Deutschen Post, die sich als Motor für Direktmarketing versteht, richten sich vor allem an die Zielgruppe Mittelstand. Der Fullservice der bundesweit 30 Direkt Marketing Centern (DM-Center) bedeutet Leistung aus einer Hand. Dazu gehören die persönliche und umfassende Beratung, die Produktion der Mailings und deren portooptimierter Versand zu einem vorher fest vereinbarten Preis. Bei diesem Komplettangebot arbeitet die Deutsche Post mit professionellen Partnern zusammen. Vorteil für den Kunden: Er hat nur noch einen Ansprechpartner und braucht sich nicht um die Koordination verschiedener Dienstleister zu kümmern.

Ansprechpartner

Um Geschäftskunden noch besser bei der Neukundengewinnung und Kundenbindung zu unterstützen, hat die Deutsche Post in fast jeder größeren deutschen Stadt ein Direkt Marketing Center eingerichtet. Dort stehen Direktmarketing Fachwirte der Post für alle Fragen zum Thema „Werben per Post“ bereit. Sie bieten beispielsweise Hilfestellung bei der Konzeption einer Mailingaktion, beraten bei der Zielgruppenanalyse, der Adressquelle oder geben Tipps zum richtigen Zeitpunkt für den Versand. Obendrein haben die Direktwerbespezialisten der Deutschen Post Ratschläge zum Umgang mit Datenbanken, zu Inhalten des Mailings und dessen werbewirksamer Gestaltung parat. „Über den konzeptionellen Rahmen hinaus helfen unsere Fachleute natürlich auch bei der Umsetzung der Werbeaktion“, betont Jutta Schönwälder, Leiterin des Direkt Marketing Centers Würzburg. Dazu gehört, dass die Deutsche Post als neutraler Mittler den Kontakt zu regionalen Anbietern von Dienstleistungen in den Bereichen Text, Grafik, Adressrecherche, Druck und Lettershop herstellt. „Wir stehen jedem

Direktmarketing

Der Begriff Direktmarketing umfasst alle Marketingaktivitäten, bei denen Medien und Kommunikationstechniken mit der Absicht eingesetzt werden, eine interaktive Beziehung zu Zielpersonen herzustellen, um sie zu einer individuellen, messbaren Reaktion zu veranlassen.

(Deutscher Direktmarketing Verband e. V.)

Betrieb bei seinen Werbeanstrengungen mit Rat und Tat zur Seite. Gerade kleine und mittelständische Unternehmen haben mittels Direktwerbung eine viel größere Chance, sich von der Masse der Angebote abzuheben und ihren Kundenkreis nachhaltig zu vergrößern“, bringt Jutta Schönwälder die Vorteile für die Kunden auf den Punkt.

Seminare: Exklusives Know-how von Professor Vögele

Neben der persönlichen Beratung sind Seminare ein weiterer Schwerpunkt der DM-Center. Die Veranstaltungen finden – speziell zugeschnitten auf die Situation von mittelständigen Betrieben, in denen der Chef oft auch sein eigener Marketingleiter ist – auch abends oder am Wochenende statt. Das Veranstaltungsprogramm untergliedert sich in Grundlagen-, Aufbau- und Spezialseminare. Die Themen reichen von der Neukundengewinnung über Textgestaltung bis hin zu Database-Marketing. Neben internen Fachleuten setzt die Deutsche Post auch externe Referenten und Spezialisten ein. Als Spitzenexperte unter ihnen gilt Prof. Siegfried Vögele: Die von ihm entwickelte „Dialog-Methode“ wird von speziell ausgebildeten Fachdozenten exklusiv an Kursteilnehmer der Deutschen Post vermittelt. Die Basis-Seminare geben die Grundregeln des Direktmarketings weiter. In Texter-Seminaren wird erklärt, wie Unternehmen verkaufswirksam für den Kundendialog texten. Und in Konzeptions-Seminaren erhal-

ten die Teilnehmer Hilfe bei der konkreten Planung von Mailingaktionen.

Als Ergänzung zum Veranstaltungsangebot bieten die DM-Center auch Sprechstunden für Unternehmen an, die bereits Erfahrungen mit Mailingaktionen gemacht haben. Sie können ihre Mailings von den Experten begutachten lassen und zusammen mit ihnen überlegen, wie sie die nächste Aktion noch erfolgreicher machen können – sei es durch die Gestaltung der Werbebriefe, den Text oder auch den Zeitpunkt der Aussendung.

Intensivierte Kooperationen mit externen Partnern machen sich vor allem bei Veranstaltungen bemerkbar. So können Mitglieder von Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern, Marketing-Clubs, Wirtschaftsverbänden, Gewerbevereinen und anderen Interessengemeinschaften im Rahmen von Seminaren und Infoveranstaltungen noch stärker vom Know-how der Deutschen Post im Direktmarketing partizipieren.

Günstige Versandformen für Mailings

In einem Beratungsgespräch können Interessierte auch ihr postalisches Wissen auffrischen. Ein wichtiger Faktor, von dem Erfolg und Kosten einer Direktwerbeaktion wesentlich abhängen. Denn die passende Versandform und die Konfektionierung der Mailings sind oft ausschlaggebend für eine gezielte Kundenansprache und einen preisgünstigen Versand. Infopost beispielsweise ist im Direktmarketing ein Top-Medium, das auf größte Aufmerksamkeit beim Empfänger stößt. „Gut gemachte Werbebriefe werden oft so intensiv gelesen wie Geschäftsbriefe, zumal sie sich personalisieren lassen“, erklärt Jutta Schönwälder.

In der Zustellung ist Infopost zwar nicht ganz so schnell als der Brief, fällt dagegen aber mit 24 Cent für Standardmaße und -gewichte deutlich günstiger aus. Ein anderes Angebot der Deutschen Post ist die unadressierte Direktwerbung. Schon ab fünf Cent ist die Postwurfsendung an Haushalte mit Tagespost zu haben. Als neues Standardprodukt bietet die Deutsche Post seit Oktober 1998 Postwurf Spe-

zial an. Damit können potentielle Neukunden zielgruppengenau angesprochen werden. Die Sendungen werden nur an Bewohner vorher ausgesuchter Gebäude verteilt. Mit Postwurf Spezial kann beispielsweise ein Gartenartikel-Hersteller Einfamilienhäuser mit Garten präzise bewerben. Die Auflage der Sendungen kann im Vorfeld bestimmt werden. Ebenfalls im Service inbegriffen ist die Beschriftung der Prospekte, wie etwa „An die Gartenfreunde im Hause“, sowie die Zustellung direkt in die Briefkästen. Das Ganze ist ab einem Stückpreis von 12 Cent erhältlich, ohne Beschriftung von der Deutschen Post sogar schon ab 10 Cent. Bei allen Auslieferformen hat das Werben per Post den Vorteil, dass die Sendungen zusam-

men mit der Korrespondenzpost zugestellt werden. Damit genießt die Werbung per Post eine sehr hohe Akzeptanz beim Empfänger.

Direkt-Marketing Seminare für berufliche Schulen

Jutta Schönwälder hat sich angeboten als Mittlerin zu DM-Centern in Ihrer Nähe zu fungieren, wenn Sie Interesse haben mit Ihrer Klasse an einem DM-Seminar teilzunehmen. Daneben ist sie auch gerne bereit Infos zum Thema Direktmarketing zu geben. <

Kontakt:

Direkt Marketing Center Würzburg
Jutta Schönwälder
Bahnhofplatz 2, 97070 Würzburg
Tel.: (09 31) 35 25-6 66

Lehrplan für jedes Fach und jede Unterrichtsstufe ist in mehrere Kontrakte unterteilt, das sind kleinere überschaubare Stoff-Portionen. Daraus ergeben sich die sog. Assignments, zu deutsch Anweisungen. Jedes Assignment ist unterteilt in vier Arbeitsabschnitte, die den wöchentlichen Lernstoff umfassen.

Der Lehrer unterrichtet nicht mehr im herkömmlichen Sinne. Der Klassenraum hat den Charakter eines Laboratoriums und ist jeweils ausschließlich für ein bestimmtes Unterrichtsfach eingerichtet. Dort hält sich die fachspezialisierte Lehrkraft bereit, den Kindern beim Lernen helfend unter die Arme zu greifen.

Zu Beginn des Schuljahres erhält das Kind für jedes individualisierte Unterrichtsfach (nicht auf alle Fächer trifft dies zu, Religion, Singen und Sport werden kollektiv unterrichtet) eine Broschüre, welche die Kenntnisse zusammenfasst, die im Laufe des Jahres zu erwerben sind. Untergliedert ist das Jahrespensum, wie oben beschrieben, in die Assignments. Die Broschüren sind die einzigen Unterlagen, die das Kind erhält. Fachliteratur steht im jeweiligen Laboratorium zur Verfügung.

Es ist dem Lernenden freigestellt, wie und mit welchem Zeitaufwand er die Assignments bewältigt; er arbeitet nach eigenem Rhythmus. Bedingung allerdings: Er darf nicht über das für einen Monat vorgesehene Lernpensum hinausgehen, wenn er die Pensen anderer Fachbereiche noch nicht bewältigt hat.

Das Pionierdasein als Lernsituation

Auslösendes Moment zur Entstehung des Daltonplans waren mit Sicherheit auch die persönlichen Schulerfahrungen der Helen Parkhurst. Diese waren alles andere als rosig. Parkhurst war 1886 in der damals neu gegründeten amerikanischen Kleinstadt Durand (Wisconsin) in ein Sammelsurium von irischen, schottischen und englischen Siedlern hineingeboren worden, die ganz und gar von pragmatischem Denken bestimmt waren, weil es ihnen die Lebensumstände abverlangten.

Der Reformpädagogin Helen Parkhurst zum 30. Todestage:

Der Daltonplan – a way of life?

PETER THIEL

Haben Sie den Frontalunterricht auch manchmal satt? Dann schlagen Sie nach bei Helen Parkhurst, der amerikanischen Reformpädagogin und schauen Sie, wie sie die Langeweile aus dem Klassenzimmer verbannt hat.

So einfach nach Rezept geht's damit freilich nicht. Schließlich handelt es sich bei Parkhursts „Daltonplan“ um ein anspruchsvolles reformpädagogisches Unterfangen und nicht etwa um eine schlichte Handlungsanleitung für mehr Entertainment im Klassenzimmer.

Helen Parkhurst starb vor 30 Jahren und das ist vordergründig der Anlass für diese Zeilen. Sie gilt, wie gesagt, als Begründerin des Daltonplans (genau Dalton Laboratory Plan), einer Bildungskonzeption, in deren Mittelpunkt das selbständige Lernen steht. Einen „Way of life“ nennt sie ihren „Plan“ und nicht etwa nur eine andere Unterrichtsmethode.



Helen Parkhurst (1886 – 1973)

Das Konzept in Grobkontur

Die lexikalische Fachliteratur¹⁾ beschreibt den Daltonplan etwa so: Der Grundgedanke beruht auf dem sog. Kontrakt, durch welchen das Kind an die Schule gebunden wird. Er ermöglicht, in einem System der Freiheit zu arbeiten und überträgt dem Kinde die Verantwortung für sein Lernen. Der

William H. Kilpatrick, einer der führenden Repräsentanten der amerikanischen „Progressiv Era“ beschrieb die Situation so: „Dort, wo man das Leben von Grund auf neu einrichten musste und kulturelle Überlieferungen wenig Hilfe boten, waren Selbstständigkeit, Eigeninitiative und nachbarlicher Zusammenhalt ebenso wichtig wie praktische Erfahrung und Experimentierfreude. Selbstbestimmung und Unwilligkeit gegen Zwang verbanden sich mit einer demokratischen Grundeinstellung, mit weltanschaulicher und religiöser Toleranz und einer gewissen Skepsis gegen letzte Wahrheiten. Kein Prinzip ist absolut, ein jedes kann nur angewandt werden im Lichte aller anderen. Das Pionierdasein“, so Kilpatrick, „ist die idealtypische Lernsituation“.

Durch das falsche Ende des Fernrohrs betrachtet

Diese Pioniermentalität beeinflusste das Denken der Schülerin Helen Parkhurst. In der Schule hingegen erlebte sie das Gegenteil: Der Frontalunterricht war bestimmt von rigider Disziplinierung und durchsetzt mit ständigen Moralisierungen. In ihren Erinnerungen beklagt Parkhurst den Zwang zum Stillsitzen und eine schier unerträgliche Langeweile. Die traditionelle Pädagogik, sagt sie später, betrachte den Lernprozess durch das falsche Ende des Fernrohrs, nämlich nur aus der Perspektive des Lehrenden.

Der Daltonplan – eine „Gegenschule“

Der Unterricht scheint das Mädchen völlig unterfordert und bei ihr beträchtliche Disziplinprobleme ausgelöst zu haben. „Der durchschnittliche Lehrer setzte die strenge Disziplinierung mit der erfolgreichen Wissensvermittlung gleich. Die motorische, affektive und geistige Aktivität des Kindes wurde vor allem als Faktor der Erziehungsbedürftigkeit, nicht aber als Grundlage der Erziehungsmöglichkeit betrachtet“, wird sie einst in ihrem Hauptwerk „Education on the Daltonplan“ schreiben. Parkhursts Erinnerungen an die Schulzeit lassen

den Schluss zu, dass nicht die Schule, sondern die Welt außerhalb des Klassenzimmers der bestimmende Lernfaktor war. Während das Mädchen im Elternhaus viel Annahme und Geborgenheit erfährt und auch „draußen“ seine Lernaktivitäten entfalten kann, wird es in der Schule mit unerträglichen Zwängen und geistiger Oede konfrontiert. „So ist es nicht schwer“, schreibt Susanne Popp²⁾, „im Daltonplan Züge einer Gegenschule zu entdecken“.

Waterville

1904 wird Helen Parkhurst, zunächst ohne jegliche formale Ausbildung, Lehrkraft an der einklassigen Landschule in Waterville. Der Name des Ortes ist deshalb von Interesse, weil mit ihm ein entscheidendes Experiment verbunden ist. Aus eigener Erfahrung weiß die junge Lehrerin: Im herkömmlichen Frontalunterricht kann sie die Kinder nicht alle erreichen, dies umso weniger in einer Klasse mit den verschiedenen Alterstufen. Wie aber all die individuellen Gaben der Kinder aktivieren? Das vom Lehrplan geforderte Lernpensum sei nur in freier und selbständiger Arbeit zu bewältigen, meint sie und fackelt nicht lange. „Gleich zu Beginn des Schuljahres wurde das Klassenzimmer grundlegend verändert. Die auf Pult und Tafel ausgerichteten Bänke wurden gegen Tischgruppen ausgetauscht, die ‚Fachwinkel‘ bildeten, in denen die Schüler selbständig arbeiten konnten ... Wenngleich es noch einen Stundenplan gab, der die Schüler teilweise band, so durften sie sich doch im Klassenzimmer frei bewegen und nach Belieben mit Partnern oder Gruppen kooperieren“. So Susanne Popp¹⁾ über das später immer wieder zitierte Waterville-Experiment.

Begegnung mit Maria Montessori

Ab 1905 wird Helen Parkhurst regulär zur Lehrerin ausgebildet; das auf vier Jahre angelegte Studium kann sie beträchtlich verkürzen. Bis 1913 ist sie als Grundschullehrerin tätig, dann wird sie – gerade mal 27 Jahre alt – Direktorin der grundschuldidaktischen

Abteilung am „Central Teachers College“ in Wisconsin.

Kurz nach Amtsantritt läßt sie sich beurlauben, um nach Rom zu reisen. Dort nimmt sie an einem dreimonatigen Trainingskurs zur Montessori-Pädagogik teil, den die berühmte Dottoressa persönlich leitet.

Damit beginnt eine intensive Zusammenarbeit der beiden Reformpädagoginnen. Die Kooperation gipfelt darin, dass Helen Parkhurst zum „Supervisor of Montessori Teachers in USA“ avanciert. 1918 bereits löst sich Parkhurst von der Dottoressa, führt die Montessori-Demonstrationsschule unter eigenem Namen weiter und kann sich damit ungehindert der Arbeit am Laboratory-Plan widmen.

1920 erfolgt als entscheidender Schritt die Einführung dieses Plans an der Public-High-School, einer Sekundarschule in Dalton. So kommt es zu der weltweit bekannten Bezeichnung „Daltonplan“. Individuelles Lerntempo, bessere Leistungen vor allem schwächerer Schüler, verantwortungsvoller Umgang mit der verfügbaren Lernzeit, wachsendes Selbstvertrauen, mehr Eigeninitiative, ein verbessertes Lehrer-Schüler-Verhältnis sowie gesteigerte Bildungsinteressen der Schüler – mit diesen Empfehlungen macht die Public-High-School Schlagzeilen und erregt viel Aufmerksamkeit.

Internationale Anerkennung

Mehr und mehr verlegt sich Helen Parkhurst jetzt auch aufs Schreiben, publiziert ihre Erfahrungen und bringt 1922 schließlich ihr Hauptwerk „Education on the Daltonplan“ heraus. Das Buch stößt auf großes Interesse, mit ihm setzt die internationale Verbreitung der Daltonplan-Pädagogik ein. Bis 1942 ist Helen Parkhurst an der Dalton School New York tätig, wo eine modifizierte Form der Montessori-Pädagogik praktiziert wird. Dann zieht sie sich zurück aus der aktiven Schultätigkeit, widmet sich ganz der pädagogischen Forschung und tritt mit entsprechenden Themen, zuerst in Rundfunksendungen, später auch im Fernsehen an die Öffentlichkeit. Unter dem Titel „Exploring the Child's

World“ erscheint noch ein weiteres Buch. Parkhurst bereist die „alte Welt“, besucht England, Italien, Schweden, die Niederlande. Dort ist der Daltonplan bereits fest in das offizielle Schulsystem integriert; aus der Hand von Königin Juliane erhält sie einen hohen Orden.

Den Lebensabend verlebt sie in Starbridge/Connecticut. Zwei Manuskripte, eines über Maria Montessori und die Autobiographie, bleiben unvollendet. 1973, wie gesagt, stirbt Helen Parkhurst. Ursache ist ein schwerer Sturz.

In Deutschland wenig verbreitet

Daltonplanschulen gibt es heute insbesondere in den Niederlanden ebenso in England. In Deutschland fasste das Konzept weniger Fuß, was u. a. historisch begründet ist. Die Veröffentlichungen erschienen erst Mitte der zwanziger Jahre und konnten bis 1933 nicht entsprechend umgesetzt werden. „Education on the Daltonplan“ beispielsweise wurde in der Weimarer Zeit gar nicht ins Deutsche übersetzt; öffentlichkeitswirksame Experimente an Schulen waren in der kurzen Zeit bis zur Machtergreifung also nicht möglich.

Pro und Contra

Die Anhänger der Daltonplan-Pädagogik führen vielerlei positive Aspekte an; einzelne wurden bereits genannt. Sie – die Daltonplan-Pädagogik – eröffne ein hohes Maß an Selbsterziehung, mache den Umgang mit Lernmitteln und Nachschlagewerken selbstverständlich und überwinde entsprechende Hemmschwellen. Es entstehe eine positive Lernatmosphäre und den klassischen Ursachen für Disziplinlosigkeit im Unterricht – Langeweile und mangelnde Betroffenheit – werde entgegengewirkt. Der Schüler könne alles in der Schule erledigen, Hausaufgaben gibt es nicht.

„Der äußerlich sichtbare Vorteil“, so das Lexikon der Pädagogik, „ist eine beträchtliche Zeitersparnis. Bessere Schüler können in angemessener Zeit vorrücken und vor Jahresschluss das Pensum erledigen. In diesem Fall treten sie sofort in die höhere Klasse

über. Weniger Begabte wiederholen die Klasse nicht; sie fahren mit ihrer Arbeit einfach dort fort, wo sie stehen geblieben sind.“

Auf der anderen Seite die Kritiker: Zu Taylorismus im Unterricht führe der Daltonplan, sagen sie, nach rein intellektualistischen Gesichtspunkten gehe er vor und lege das Hauptgewicht auf die Aneignung von Kenntnissen. Die daltonisierte Arbeitsweise mache einen Unterricht, der auf Interessen und Bedürfnissen gründe, unmöglich. Durch die vorgedruckten Assignments sei ein Eingehen auf aktuelle Entwicklungen nicht möglich, ferner beeinträchtige der Plan den Kontakt zwischen Lehrer und Schüler und gebe der schriftlichen Arbeit eine überdimensionierte Bedeutung.

Wie immer man die Dinge sieht: Für die berufliche Bildung ergeben sich in der Auseinandersetzung mit der Daltonplan-Pädagogik bemerkenswerte Aspekte, wengleich zu bedenken ist, dass die Schüler nicht erst in der Ausbildung, in einem relativ hohen Alter also, damit konfrontiert werden sollten. Die Beschäftigung mit Helen Parkhurst und ihrer Gedankenwelt jedenfalls lohnt sich und deshalb verweisen wir nochmals auf die in der Fußnote genannten Werke. <

¹⁾ „Lexikon der Pädagogik“, Bern 1951

Literatur: ²⁾Popp Susanne, „Der Daltonplan in Theorie und Praxis, Heilbronn 1995

³⁾Eichelberger Harald, „Einführung in die Daltonplan-Pädagogik“, Innsbruck 2002.

Marginales frei nach Parkhurst: 3)

„...Freiheit ist der erste Grundsatz des Dalton Laboratory Plans. Es muss dem Schüler freistehen, seine Arbeit auf jedem Gebiet, in das er vertieft ist, ohne Unterbrechungen auszuführen. Denn wenn er interessiert ist, ist er geistig lebhafter, aufmerksamer und eher im Stande, Schwierigkeiten zu überwinden. Bei der neuen Methode gibt es keine Glocken, die ihn zu einer bestimmten Stunde aus seinem Schulfach reißen ...“

„...Freiheit ist, sich die Zeit selbst einzuteilen. Die Zeit eines anderen einzuteilen ist Sklaverei ...“

„...Um im Rennen zu siegen, muss er (der Schüler) eine klare Sicht auf das Ziel haben ...“

Freistaat richtet Qualitätsagentur ein – Leistungen der Schulen werden transparenter:

Bayern geht neue Wege in der Qualitätssicherung

Bayern richtet ab dem Schuljahr 2003/04 eine Qualitätsagentur für alle Schulen ein. Sie wird am Staatsinstitut für Schulpädagogik und Bildungsforschung (ISB) aufgebaut. Zentrale Aufgabe der neuen Agentur ist es, die Unterrichts- und Erziehungsqualität aller bayerischer Schulen systematisch

zu erfassen. „Mir geht es darum, die Gesamtqualität einer Schule darzustellen. Jahrgangsstufentests, Orientierungsarbeiten sowie zentrale Abschlussprüfungen sind bereits wesentliche Leistungsmerkmale bayerischer Bildungspolitik. Für eine zukunftsorientierte und nachhaltige Bildung der



Kultusministerin Monika Hohlmeier eröffnete vor 400 Zuhörern den zweitägigen Kongress „Bayern macht Schule“, auf dem Bildungsexperten aus dem In- und Ausland über mehr Qualität an Schulen diskutierten. (Foto: Rolf Poss)

Schülerinnen und Schüler werden wir diese Form der externen Evaluation konsequent weiterentwickeln. Dies ist auch eine Konsequenz, die wir aus den internationalen Leistungsstudien wie PISA ziehen“, sagte Kultusministerin Monika Hohlmeier zum Auftakt des internationalen Bildungskongresses „Bayern macht Schule“ in München.

Die Arbeit der Agentur macht die Leistungen der Schulen transparenter und verbessert die Vergleichbarkeit der Schulen untereinander und sichert damit Qualität. Dazu werden in Zusammenarbeit mit einem wissenschaftlichen Beirat regelmäßig Bildungsberichte erstellt. Die Wissenschaftler lassen neueste internationale Erkenntnisse in ihre Arbeit mit einfließen. „Mir geht es nicht um kurzlebige, schlagzeilenträchtige Rankinglisten der Schulen. Was ich anstrebe, ist ein umfassendes Bild der Arbeit der Schulen, das Aufschluss über die Effizienz und Nachhaltigkeit schulischer Arbeit gibt“, erklärte die Ministerin. Das sei keine Kontrolle mit dem erhobenen Zeigefinger, sondern Voraussetzung für eine bessere Beratung der Schulen. „Denn nur wenn klar ist, wo der Schuh genau drückt, kann gezielt geholfen werden“, so Hohlmeier.

Auf der Basis verlässlicher Daten können Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte, Schulleitungen und Eltern noch individueller unterstützt werden als bisher. Die Agentur arbeitet eng mit den so genannten Evaluations-teams vor Ort zusammen, die bei den Ministerialbeauftragten bzw. an eini-

gen Schulämtern angesiedelt werden. An der Schule selbst entsteht ein umfassendes Qualitätssicherungssystem, das alle Stärken und Schwächen der Schule ausleuchtet – eben eine systematische Qualitätsentwicklung für die ganze Schule.

Wichtig ist, dass eine solche Qualitätsagentur nicht gleichzeitig die Aufsicht über die Schulen ausübt. Deswegen ist das ISB ideal für diese Aufgabe geeignet, zumal seine Mitarbeiter über umfangreiche Erfahrungen in der Bildungsforschung verfügen.

Die Qualität des Unterrichts steht im Zentrum des Interesses. Damit nicht jede Schule „ihre“ Anforderungen festlegt, wird die Agentur Standards für alle Schularten entwickeln. Standards sind eine Art Richtschnur. Sie zeigen auf, was zu einem bestimmten Zeitpunkt der Schullaufbahn in einem Fach von einem Schüler erwartet wird. Je nachdem wie gut ein Schüler den Standard erreicht, klettert er auf eine bestimmte Kompetenzstufe. Ein Beispiel: Im Fach Mathematik wird ein Standard für die Beherrschung des Bruchrechnens festgelegt. Während der eine Schüler die gestellte Aufgabe in der vorgegebenen Zeit sicher und souverän meistert, beherrscht der andere zwar die Rechenart, ist jedoch noch unsicher und braucht dementsprechend zu lange, um die Aufgabe zu lösen. Fazit: Der erste Schüler erreicht die höchste Kompetenzstufe, der zweite eine mittlere.

Die Qualität der Schule erkennt man aber nicht nur an den Unter-

richtsergebnissen. Auch Schulprofil und schulisches Leben prägen die Arbeit entscheidend. Deshalb untersuchen die Mitarbeiter der Evaluations-teams beispielsweise, ob die Schule ein Leitbild oder ein Schulprogramm hat. (Ein Schulprogramm beschreibt die einzelnen Schritte, die in einem bestimmten Zeitraum notwendig sind, um eine Verbesserung in einem bestimmten Bereich herbeizuführen. Das kann ein unbefriedigender Informationsfluss zwischen Schule und Eltern sein oder auch schlechte Leistungsergebnisse in einem bestimmten Fach). Wichtig ist z.B. auch, wie die Zusammenarbeit zwischen Schulleitung, Lehrkräften und Eltern funktioniert oder ob sich die Schülerinnen und Schüler mit ihrer Schule identifizieren. Ebenso interessieren sich die Evaluatoren, ob sich die Schule an Wettbewerben wie „Jugend forscht“ oder dem Bayerischen Innovationspreis (i.s.i.) beteiligt. Über mehrere Jahre hinweg ergibt sich durch die gesammelten Erfahrungen ein verlässliches Bild darüber, wie die Schulen mit ihren Stärken und Schwächen umgehen.

Die Evaluation der Schulqualität ist eine Art „Frühwarnsystem“: Die Evaluatoren können eine über die Jahre schleichende Verschlechterung in einem bestimmten Bereich erkennen und die Schule kann dann rechtzeitig gegensteuern. Umgekehrt können besonders gelungene Ansätze auch anderen Schulen zugänglich gemacht werden.

„Unsere bayerischen Schulen sind gut, die Qualität kann sich international sehen lassen. Das hat die PISA-Studie eindrucksvoll bestätigt. Wir wollen aber international noch enger zur Spitze aufschließen. Dazu müssen wir uns noch mehr Gewissheit über den jeweils aktuellen Leistungsstand aller Schulen in Bayern verschaffen. Wir brauchen ein Bildungsmonitoring, also eine flächendeckende Datenerhebung, als Grundlage für zukunftsorientierte bildungspolitische Weichenstellungen“, sagte Hohlmeier.

Claudia Piatzer

Marginalien zu Euro-Münzen und Euro-Banknoten

Wie kommt es, dass zwölf Staaten der EU die Einführung des Euro vollzogen haben, aber fünfzehn Staaten Euro-Münzen herausgegeben haben? Woran erkennt man, in welchem EU-Staat welche EZB-Banknoten herausgegeben worden sind? Dies sind interessante Tatsachen am Rande der großen Euro-Einführung. Das Recht zur Münzausgabe (Münzregal) liegt – im Gegensatz zum Emissionsrecht für Euro-Banknoten – weiterhin bei den einzelnen Teilnehmerstaaten.

Die drei Kleinstaaten Monaco, San Marino und der Vatikan, ehemals eingebunden in das Franc- bzw. Lira-Währungsgebiet, haben sich das Recht der eigenen Euro-Münzen-Emission gesichert. Beispielhaft sei dies anhand der Republik San Marino dargestellt:

„Der Sanmarinesische Euro ist ein Ergebnis intensiver politischer und diplomatischer Tätigkeit, die in den letz-

ten Jahren auf allen Ebenen entfaltet wurde und die zu der Entscheidung des Ministerrats der Europäischen Union geführt hat, derzufolge Ende 1998 das Recht der kleinen Republik, den Euro in Form von Geldscheinen und Münzen als offizielle Währung zu führen, anerkannt wurde. Mit dem Euro-Gesetz vom Dezember 1998 hat San Marino nicht nur das Recht erhalten, weiterhin eigene Münzen zu prägen, sondern auch direkte Beziehungen zur Europäischen Zentralbank herzustellen. Es können ab 1. Januar 2002 jährlich Münzen im Wert von max. 1944000 Euro in Umlauf gebracht werden.“ (Pier Roberto De Biagi: Das grosse Euro-Abenteuer der Republik San Marino, in: L'OSPITE, Jährliche Publikation [deutsch-französisch] des Staatlichen Tourismusbüros, XV. Jahr – Nr. 15 – Januar 2002, S. 4-5)

Die Herkunft einer Euro-Münze erkennt man an ihrer nationalen Prä-

gungsrückseite. Die Euro-Banknoten der Europäischen Zentralbank dagegen haben ein bis auf die alphanumerische Kodierung einheitliches Erscheinungsbild. Die Code Letters der National Central Banks (NCBs) für die einzelnen Staaten sind den Ziffern vorangestellt und lauten für das/den/die

Bundesrepublik Deutschland	= X
Französische Republik	= U
Griechische Republik	= Y
Großherzogtum Luxemburg	= R
Italienische Republik	= S
Königreich Belgien	= Z
Königreich der Niederlande	= P
Königreich Spanien	= V
Portugiesische Republik	= M
Republik Finnland	= L
Republik Irland	= T
Republik Österreich	= N
Fürstentum Monaco	entfällt
Republik San Marino	entfällt
Staat der Vatikanstadt	entfällt

Helmut Stephan

Bezirks- und Kreisverbände

BV Niederbayern

Rolf Habermann fordert die Lehrer zur Verteidigung ihres Berufsstandes auf

Auf der Suche, die marode Staatskasse zu sanieren, scheint es aus Politikersicht am einfachsten zu sein, die Diener des Staates heranzuziehen. Aber gerade in der Vergangenheit waren es immer wieder die Beamten, die durch einschneidende Maßnahmen erhebliche Einbußen hinnehmen mussten.

Unter dem Motto: „Der Beamte als Melkkuh“ lud der VLB-Bezirk Niederbayern im Rahmen der Bezirksversammlung seine Mitglieder nach Mamming ein. Als Festredner präsen-

tierte der Bezirkschef Rudolf Puryear den Vorsitzenden des Bayerischen Beamtenbundes (BBB), Rolf Habermann. Der fachlich versierte Referent plauderte kurzweilig aus dem „Nähkästchen“ und ging während seines Vortrages, den er anschaulich mit Fakten und Grafiken untermauerte, auf Brennpunkte ein, die die Lehrer seit Monaten verunsichern.

Einleitend befasste sich Habermann mit dem Tarifabschluss im Öffentlichen Dienst.

Nach dem am 09. Januar 2003 in Potsdam erzielten Tarifabschluss ging es darum eine volle, systemkonforme und vor allem zeitgleiche Übernahme des Tarifergebnisses auch auf den Beamtenbereich sicherzustellen. Nach der zunächst bekundeten Übernah-

mezusicherung des bayerischen Staatsministers Falthäuser fühlen sich die Beamten hintergangen, weil die Anpassung des Tarifergebnisses in Bayern verschoben und durch eine Kürzung des Weihnachtsgeldes sowie Streichung des Urlaubsgeldes finanziert werden soll.

Die Staatsdiener werfen dem Finanzminister Falthäuser Wortbruch vor, da dieser erst im Januar 2003 in Bad Kissingen den bereits seit Jahren in Bayern praktizierten „Gleichklang“ zwischen den Beschäftigtengruppen im öffentlichen Dienst auch für die Zukunft forderte. Aber nun müssten Beamte und Versorgungsempfänger die ihnen nach dem Gesetz zustehende Anpassung durch Einkommenseinbußen selbst finanzieren. Dabei haben die Beamten haben in den letzten Jahren - gerade in Bayern - schon genug Vorleistungen erbracht. Erneut sollen sie deutlich schlechter

gestellt werden als Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes“. Der Redner erinnerte daran, dass die Staatsregierung die erste Landesregierung gewesen sei, die allein den Beamten sowohl eine höhere Wochenarbeitszeit wie auch höhere Lebensarbeitszeit zudiktiert habe.

Anschließend ging Habermann auf den Gesetzentwurf des Bundesrates zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften ein. Hier soll in Zukunft im Besoldungsgesetz die bundeseinheitliche Regelung durch Landesrecht aufgehoben werden. Die Länder können demnach für Sonderzuwendungen den Bemessungsfaktor, die Abweichungen von der Zahlungsweise, die Ruhegehaltstfähigkeit, die Teilnahme an linearer Anpassung und die Abweichung von der Höhe des Urlaubsgeldes eigenständig regeln.

Habermann befürchtet, dass das Urlaubsgeld ganz wegfällt und das Weihnachtsgeld stark gekürzt wird.

Der BBB-Chef unterstrich die auf die Beamten zukommenden Probleme mit der Analyse des Beschlusses der Ministerpräsidenten-Konferenz vom 27. März. Mit den Leitlinien für die Föderalismusreform wurde die Basis gelegt für den Wegfall der Rahmengesetzgebung des Bundes und für ein Zugriffsrecht der Länder bei der Erweiterung der konkurrierenden Gesetzgebungskompetenz des Bundes. Betroffen sind dabei die Rechtsverhältnisse der im öffentlichen Dienst Beschäftigten, aber auch das Beamten-, Besoldungs- und Versorgungsrecht. Ende Juni wird dann Klarheit herrschen, wenn sich die Länderchefs mit dem Bundeskanzler diesbezüglich abstimmen.

Habermann verdeutlichte den Lehrern mit der Ruhegehaltsskala nach dem Versorgungsänderungsgesetz 2001 die klar fallende Entwicklung der Ansprüche. Diese Entwicklung geht konform mit der Erhöhung der Lebensarbeitszeit, weil dann höhere Versorgungsabschläge veranschlagt werden können.

Ausführlich setzte sich Habermann mit dem Haushaltsgesetz 2003/04, insbesondere mit dem Bayerischen Besoldungsgesetz auseinander. Durch

die beabsichtigte Änderung erfolgt eine Erhöhung des Selbstbehaltes bei der Inanspruchnahme von Wahlleistungen im Krankenhaus, die Abschaffung des Beihilfeanspruches für Arbeitnehmer und weitere diverse Änderungen in der Bayerischen Besoldungsordnung.

Auch bei der Altersteilzeit gibt es Neuerungen. Nachdem der arbeitsmarktpolitische Effekt der Altersteilzeit mittlerweile völlig außer Acht gelassen werde, wird sie künftig nur noch nach Vollendung des 60. (Schwerbehinderte des 58.) Lebensjahres möglich sein. Für die Lehrer an öffentlichen Schulen, die das 60. bzw. 58. Lebensjahr in der ersten Hälfte eines Schuljahres vollenden, gilt als Altersgrenze der Beginn dieses Schuljahres, für die übrigen der Beginn des folgenden.

Habermann sehe in der Altersteilzeit für die immer höheren Anforderungen ausgesetzten Lehrern die ideale Möglichkeit in Anstand und Würde aus dem Beruf auszusteigen. Allerdings müsse eine erhebliche finanzielle Einbuße für den Einzelnen (ca 500 Euro im Monat) in Kauf genommen werden.

Zudem befürchtet der BBB-Vorsitzende ob der wirtschaftlichen Entwicklung, dass die Altersteilzeit nach den Wahlen gekippt wird.

Der Gastredner verwies des Weiteren auf die Anhebung der Altersgrenze bei Antragsruhestand auf das vollendete 64. Lebensjahr. Für schwerbehinderte Beamte bleibt es bei der Antragsaltersgrenze von 60 Jahren.

Bei der dienstlichen Beurteilung erwartet Habermann eine völlige Liberalisierung. Jedes Ressort soll in Zukunft seine Vorgehensweise selber bestimmen dürfen.

Für manchen Lehrer wurde mit den Ausführungen des Dozenten auch klar, aus welchen Beweggründen sich einzelne Gesetzesinitiativen ergaben und mit welchen Maßnahmen sich verschiedene Interessengruppen dagegen wehren können. So manche Vorlage wurde durch vehementen Widerstand, z. B. des Beamtenbundes, zum Scheitern verurteilt bzw. in der ursprünglichen Form abgeschwächt.

Deshalb forderte Habermann auch ganz deutlich den Lehrerverband auf, sich im Interesse des eigenen Berufsstandes klar einseitigen und ungerechten Vorhaben der Regierung entgegenzusetzen. Er begrüßte die momentan laufende Resolution des VLB-Bezirksverbandes Niederbayern zur Übertragung des Tarifergebnisses des öffentlichen Dienstes auf die Beamtenschaft in Bayern. Eindringlich forderte er die Lehrer auf, auf Politiker zuzugehen und von ihnen vor der Wahl Klarheit in den Belangen des Lehrer-Berufsstandes zu erwirken.

Der stellvertretende Landesvorsitzende des VLB, Hans Käfler, resümierte den Vortrag von Rolf Habermann aus der Sicht der Lehrer und dankte ihm im Namen des Landesverbandes. Abschließend brachte er zum Ausdruck, dass sich der Lehrerverband in der glücklichen Lage befindet, mit Habermann ebenfalls einen Lehrer an der Spitze des bayerischen Beamtenbundes zu haben und dieser deshalb die Belange besser verstehen könne, als ein Berufsfremder.

VLB-Bezirksvorsitzender Rudolf Puryear überreichte Habermann als Dank des Bezirkes ein Präsent und forderte die Kollegen auf, nicht nur verstärkt im eigenen Wirkungsfeld zu agieren, sondern auch dem Verband Unterstützung bei allen notwendigen Maßnahmen unter dem Motto „Nur gemeinsam sind wir stark!“ zu gewähren.

Karl Greiner

KV Oberpfalz-Nord

Kroatischer Generalkonsul Vinko Perinic besucht Berufsschule in Weiden

Über Kontakte Bayern-Online-Kongress in der Münchner Residenz an einem Bankett lernten Schulleitung und Lehrkräfte den Generalkonsul von Kroatien, Vinko Perinic nebst Gattin kennen. Hierbei kam man schnell ins Gespräch und entdeckte gemeinsame Interessen. Speziell ging es dabei um Lehrer- und Schüleraustausch im Rahmen des Comenius-Projekts der EU. Perinic war an der Arbeit der Be-

Das Bild zeigt von links Konsul Vinko Perinic, dessen Gattin und Schulleiter Heribert Mohr.



rufsschule Weiden sehr interessiert und kündigte einen Besuch an der Weidener Berufsschule an. Er ließ nicht lange auf sich warten und so konnte die Schulleitung der Berufsschule den Generalkonsul mit Gattin zu weiterführenden Gesprächen vor Ort bereits im Juni begrüßen.

Nach dem Empfang bei Schulleiter Heribert Mohr wurde die Schule besichtigt.

Da Kroatien auch das Duale System der beruflichen Bildung etablieren will, war Perinic ein sehr interessierter Gast; besonders beeindruckt war er von den Praxisräumen, insbesondere der Elektriker und der Mechatroniker, da er selbst aus dieser beruflichen Richtung kommt.

Konsul Perinic ist in erster Linie für neue Wirtschaftskooperationen für das Land Kroatien zuständig - das angedachte Pilotprojekt von kroatischen Schulen mit ihren Partnerbetrieben mit der BS Weiden wird vom Konsul persönlich begleitet werden (eine erste Anfrage einer kroatischen Schule brachte Perinic gleich mit).

Generalkonsul Perinic bedankte sich für die Einladung und betonte die gemeinsame Wertebasis, vor allem bezüglich Religion und Kultur, die immer die Vorreiter bilateraler Kontakte und wirtschaftlichen Beziehungen sind. Diesen Ausführungen konnte sich die Berufsschule Weiden uneingeschränkt anschließen und freut sich auf weitere Kontakte mit Kroatien. *Richard Lang*

- Thomas Hofmann, Studentensprecher des VLB für den kaufmännischen Bereich, Otto-Friedrich-Universität Bamberg, [E-Mail: thomas.hofmann@stud.uni-bamberg.de](mailto:thomas.hofmann@stud.uni-bamberg.de)
- Christina Klüber, Otto-Friedrich-Universität Bamberg, Vertreterin des Lehrstuhls für Wirtschaftspädagogik, [E-Mail: chistina.klueber@sowi.uni-bamberg.de](mailto:chistina.klueber@sowi.uni-bamberg.de)
- Reinhard Küffner, Vertreter der Fachlehrer, [E-Mail: Rkueffner@t-online.de](mailto:Rkueffner@t-online.de)
- Heiko Pohlmann, Referent für Lehrerbildung und Lehrerfortbildung des VLB, [E-Mail: pohlmann.heiko@t-online.de](mailto:pohlmann.heiko@t-online.de)
- Margareta Rohleder, Seminarlehrerin, e-Mail: grit.rohleder@gmx.de
- Michael Vögele, Technische Universität München, [E-Mail: voegele@ws.tum.de](mailto:voegele@ws.tum.de)
- Stefan Weinzierl, Studentensprecher des VLB, [E-Mail: stefan@semperstudiosus.de](mailto:stefan@semperstudiosus.de)
- Engelbert Wiedemann, Referendarsprecher des VLB für den kaufmännischen Bereich, [E-Mail: engelbert.wiedemann@freenet.de](mailto:engelbert.wiedemann@freenet.de)

Damit sind alle wichtigen Institutionen der Lehrerbildung und Lehrerfortbildung in diesem Arbeitskreis vertreten. Die jeweiligen Ansprechpartner hoffen und wünschen sich, dass sie viele Wünsche und Anregungen aufnehmen können, um diese dann im Arbeitskreis oder an den geeigneten Stellen klären oder für Verbesserungen sorgen können.

So liegt der erste Arbeitsschwerpunkt darin, die Diplom-Prüfungen in der Wirtschaftspädagogik so früh durchzuführen, dass die Studenten danach sofort das Referendariat antreten können. Als weiterer Schwerpunkt ergab sich die Erstellung eines Ausbildungsplanes für Sondermaßnahmen im Referendariat gemäß der Entschließung beim Berufsbildungskongress in Passau.

Die Mitglieder des Arbeitskreises sind dankbar für weitere Anregungen und werden immer bemüht sein, diese in die Praxis umzusetzen oder mithelfen, bestehende Probleme zu lösen.

Heiko Pohlmann

Referate und Fachgruppen

AK Lehrerbildung und Lehrerfortbildung

Arbeitskreis neu strukturiert

In Anwesenheit des stellvertretenden VLB-Vorsitzenden Hans Käfler konnte der Leiter des Arbeitskreises, Heiko Pohlmann, bei der letzten Sitzung fünf neue Mitglieder begrüßen. Die neu gewählten Studenten- und Referendarsprecher ersetzen turnusmäßig die ausgeschiedenen und übernehmen damit deren Aufgaben auch im Hauptvorstand. Wichtig ist, dass nun alle AK-Mitglieder einen speziellen Arbeitsauftrag übernommen haben und damit als Ansprechpart-

ner in den jeweiligen Institutionen gelten.

Aus der folgenden Liste sind die Ansprechpartner, ihr Zuständigkeitsbereich und ihre E-Mail-Adresse zu entnehmen:

- Prof. Dr. Josef Aff, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, Lehrstuhl für Wirtschaftspädagogik, [E-Mail: josef.aff@wiso.uni-erlangen.de](mailto:josef.aff@wiso.uni-erlangen.de)
- Thomas Barmetler, Referendarsprecher des VLB für den gewerblich-technischen Bereich, [E-Mail: vlb@barmetler.de](mailto:vlb@barmetler.de)
- Günter Grunick, Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung Dillingen, [E-Mail: g.grunick@alp.dillingen.de](mailto:g.grunick@alp.dillingen.de)

Fachgruppe Sozialpädagogik/ Sozialpflege (hD)

Zum Gesetzentwurf der Staatsregierung: Neurege- lung der Altenpflegeaus- bildung

Der VLB begrüßt grundsätzlich die Bemühungen der Bay. Staatsregierung zur Finanzierung der Ausbildung in der Altenpflege. Nachdem das BVG im Oktober 2002 das Bundesaltenpflegegesetz als zulässig und damit die Zuständigkeit des Bundes als gegeben angesehen hat, tritt nun auch in Bayern, zum 1. August 2003, die bundeseinheitliche Regelung der Ausbildung zum/zur Altenpfleger/in in Kraft.

Für die bestehenden Altenpflege-
schulen in Bayern bedeutet die neue
Ausbildung zum einen eine inhaltliche
Herausforderung, die mit der Umset-
zung neuer Ausbildungsrichtlinien
zwangsläufig einher geht – zum ande-
ren, und dies dürfte viel schwerwie-
gender sein, finanzielle Einbußen:
Mit dem neuen Gesetz werden die bis-
herigen Fachschulen zu Berufsfach-
schulen. In der Konsequenz bedeutet
dies deutliche Zuschusskürzungen
nach dem Bay. Schulfinanzierungsge-
setz – von bisher 90 sinkt der Lehrper-
sonalzuschuss auf 79% bei den priva-
ten und freien Trägern, bei den kom-
munalen Schulträgern von 60 auf nur
noch 50 %. Die Hoffnung der Schulen
lag deshalb beim Kultusministerium,
in dem die Verantwortlichen ständig
versicherten, alles zu tun, um die Zu-
schüsse in bisheriger Höhe beizubeh-
alten. Der Beschluss des Ministerra-
tes hat diesen Hoffnungen nun ein En-
de gesetzt.

Die im Gegenzug gewährten 10
Mio. Euro Schulgeldersatz für die
kommenden beiden Jahre nützen in
erster Linie den privaten Schulträ-
gern – nur diese dürfen Schulgeld ver-
langen und nur diese bekommen fol-
glich auch in den Genuss des Schul-
geldersatzes. Der Beschluss der
Staatsregierung – so begrüßenswert
die Bereitstellung der Mittel ist – be-
nachteiligt – wie schon in anderen Be-
reichen der Schulpolitik – die kom-
munalen Schulträger in Bayern. Die

Folge werden möglicherweise Schul-
schließungen sein, damit lässt sich der
Pflegerotstand auf den Ministerin
Stewens hingewiesen hat, nicht besei-
tigen.

Problematisch ist auch die Ableh-
nung des Umlageverfahrens bei der
Finanzierung der Ausbildungsplätze
in den Altenpflegeeinrichtungen. Dies
ist eine Schlechterstellung der Alten-
pflegeeinrichtungen im Gegensatz zu
den Krankenhäusern, die mittels Um-
lageverfahren die Ausbildung zum
Krankenpfleger sicherstellen. Es ist
bis jetzt fraglich, wie es den Einrich-
tungen gelingen kann, ausreichend
Ausbildungsplätze zur Verfügung zu
stellen bzw. zu finanzieren.

Wilhelm Ott

FG Gesundheitsberufe

Novellierung des Kranken- pflegegesetzes: Nun alle Schulen im Ge- sundheitswesen in das berufliche Schulwesen der Länder integrieren

Fragen der neu geregelten Grundla-
gen für die Ausbildung in der Alten-
und Krankenpflege erläuterten Ver-
treter der Landesverbände fast aller
Bundesländer im dbb-Bildungszen-
trum Thomasberg.

Ganz im Zeichen der Altenpflege
stand der erste Teil der Tagung von
Vertreter der Länder aus den Schulen
des Gesundheits- und Sozialwesens in

Königswinter-Thomasberg: Nach dem
Urteil des Bundesverfassungsgerichts
vom Oktober 2002 steht nun fest, dass
es mit dem Grundgesetz vereinbar sei,
wenn der Bund diese Regelungen ein-
heitlich fest legt. Zwischenzeitlich sind
auch die Länder bereits tätig gewor-
den und haben, die in ihren Zustän-
digkeitsbereich fallenden Regelungs-
kompetenzen, zumindest in Entwür-
fen, wahr genommen.

Dr. Wolfgang Becker vom Bundes-
institut für Berufsbildung stellte in ei-
nem Referat das Curriculum vor, das
zusammen mit dem Saarland erarbei-
tet wurde. Dieses Curriculum ist lern-
zielorientiert und soll die Ausbildung
im Rahmen der Altenpflege erheblich
verbessern. Schwierigkeiten zeigen
sich allerdings in der Umsetzung. Das
liegt vor allem daran, dass, wie häufig
an Schulen in den alten Bundeslän-
dern, die relativ kleinen Schulen von
freien Trägern betrieben werden und
Lehrkräfte vor allem nebenberuflich
zum Einsatz kommen. Dies unter-
streicht die Forderung des blbs, Orga-
nisationsformen für Schulen im Ge-
sundheits- und Sozialwesen zu schaf-
fen, die einen hauptberuflichen Leh-
rereinsatz möglich machen.

Einen Überblick über die Beson-
derheiten der Schulen im Gesund-
heitswesens und deren rechtlicher
Verflechtung in fast allen Bereichen
des Bundes- und der Länderrechte
gab Uwe Bartoschek vom blbs-Sachs-
sen. Trotz der bundesrechtlichen Re-
gelungen in den Gesundheitsfachbe-
rufen können die Länder, so das Fazit,
ihre schulrechtlichen Regelungen

Diskutierten u. a. das
neue Krankenpflege-
gesetz: von links
Wolfgang Lamprecht,
VLB, Sabine Mesech,
blbs und der ehemali-
ge Gesundheitsminis-
ter Horst Seehofer,
CSU.



treffen und damit wie in allen Bildungsbereichen ihre Kompetenzen im Schulbereich einbringen.

Aktuell berichtete Gertrud Stöcker, Ehrenvorsitzende des BA, von der vom Deutschen Bundestag verabschiedeten Novelle des Krankenpflegegesetzes. Sie sieht viele Forderungen der Lehrerverbände in dem Gesetz verwirklicht. Gegenüber den ersten Entwürfen des Gesundheitsministeriums mussten einige bemerkenswerte Änderungen vorgenommen werden. Insbesondere ist es nicht mehr Angelegenheit des Bundes, die Ausbildung für die Krankenpflegehelfer(innen) zu regeln. Dies Kompetenz haben nunmehr, analog zu dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Altenpflegegesetz, die Länder. Außerdem schreibt das Gesetz, so es dann den Bundesrat passieren wird, vor, dass ausschließlich Lehrkräfte mit einem Hochschulabschluss an den Schulen unterrichten dürfen.

Interessante Aspekte für die künftigen Planzahlen in der Pflege und anderen Gesundheitsfachberufen vor allem unter dem Aspekt der demografischen Entwicklung in Deutschland, zeigte Prof. Dr. Ute Rosenbaum, Westsächsischen Fachhochschule Zwickau, auf und diskutierte diese mit den Seminarteilnehmern.

Anforderungen an die Lehrerbildung im Berufsfeld Pflege/Gesundheit präsentierte und diskutierte Henriette Hauerstein, Dresden, mit den Teilnehmern. Die Universitäten, die diesen Studiengang anbieten, werden diese Anforderungen mit Interesse aufnehmen.

Der blbs und die für den Bereich der Gesundheitsfachberufe zuständige stellvertretende Bundesvorsitzende, Sabine Mesech, möchte die Interessen der Schulen im Gesundheitswesen mehr Gewicht verleihen. Die Vertreter der anwesenden Bundesländer sollen, soweit dies noch nicht geschehen ist, versuchen, über ihre Landesverbände Einfluss nehmen, um diese Schule in das berufliche Schulwesen der Länder zu übernehmen. Immer häufiger sind Ausbildungsinhalte an diesen Schulen nicht ausschließlich auf das Krankenhaus

fixiert und erfordern damit ein breites gefächertes Spektrum an Einsatzmöglichkeiten. Es ist auch, gerade in Zeiten der Milliardendefizite der Kassen und des gesamten Gesundheitswesens, nicht nachvollziehbar, dass der Versicherte in der GKV Ausbildung mitfinanziert. Dies muss eine Angelegenheit der Länder werden (bleiben). Durch die Schulaufsicht und einheitlichen Regelungen in den Ländern ist damit auch gewährleistet, dass Standards gleiches Bildungsniveau sichern. Der Einsatz von hauptberuflichem, in den alten

Ländern noch überwiegend die Ausnahme, in einem geregelten Studiengang ausgebildeten Lehrpersonal muss die Regel werden. Mit diesen Standards möchten sich die Schulen im Gesundheitswesen ihren Platz im beruflichen Schulwesen sichern.

Jährlich soll nun die Gruppe der Ländervertreter zusammen kommen um über die Fortschritte der Entwicklungen der Schulen in den Ländern zu diskutieren.

Es gibt noch viel zu tun, in den beruflichen Schulen des Gesundheitswesens. *Wolfgang Lamprecht*

Senioren

Auf Metternichs Spuren

Das 4. Pensionistentreffen der Oberpfälzer stieß auf gute Resonanz. Vom Verfasser des Artikels vorbereitet, brachte ein Bus die 48 Teilnehmer am 8. Mai ins nahe Tschechien zum Schloss Königswart des ehemals österreichischen Staatskanzlers Clemens Wenzel Metternich, ganz nahe bei Marienbad gelegen. Gerade frisch restauriert bietet es in 25 Prunkräumen dar, was sein einstiger Besitzer so alles zusammengetragen hat. Und das ist nicht wenig, hatte sich der Staatsmann beim Wiener Kongress 1815 unter Europas Monarchen bzw. deren Diplomaten doch einige Achtung erworben, wie die zahlreichen Gastgeschenke – Wertvolles und Skurriles aus aller Welt bis hin nach Japan und China – zeigen.

Nach einem ebenso guten wie preiswerten Mittagessen im angegliederten gleichnamigen Restaurant führte der weitere Weg durch den schönen naturbelassenen Kaiserwald ins Tal der Tepl (Tepla) nach Petschau (Becov), wo Burg und Schloss ebenfalls erst seit kurzer Zeit in neuem Glanze erstrahlen und zusammen mit der sehr schönen Umgebung Besucher anzulocken versuchen. Ganz besondere Anziehungskraft geht dabei vom Reliquenschrein des Hl. Maurus

aus, der nach denkwürdiger Odyssee seit Jahresfrist wieder zu bewundern ist. 1833 in Belgien erworben stand der Schrein aus dem 13. Jahrhundert bis 1945 in der Burgkapelle und wurde vom damaligen Besitzer, dem Grafen Beaufort-Spontini, als dieser wie alle Deutschen ausgewiesen wurde, im Verließ unter der Burgkapelle vergraben, wo er erst 40 Jahre später – zwischenzeitlich leider stark ramponiert – wiederentdeckt wurde. Schon die unheimlich aufwändige Restauration – in 11-jähriger Arbeit hat man für ca. 450000 Euro und unter Assistenz von 60 Wissenschaftlern die originäre Schönheit wieder aufleben lassen – kündigt von der hohen Bedeutung, die diesem Reliquiar zugemessen wird. So verwundert es nicht, dass sich kaum ein Besucher dem starken Eindruck entziehen kann, den die gekonnte Präsentation ausübt.

Über Ellbogen (Loket) und Eger (Cheb) ging es nach Waldsassen zurück, wo in der berühmten Stiftsbasilika noch eine Orgelpräsentation auf die Besuchergruppe wartete. Schade, dass die fortgeschrittene Zeit dafür leider nur geringen Raum ließ. Dennoch waren alle Teilnehmer auf der Rückfahrt nach Weiden ganz offenkundig des Lobes voll über das, was der Tag geboten hatte.

Lothar Fischer

Personalien

Wir gratulieren im August

... zum 85. Geburtstag

Mannes, Rita, 11.08.
89231 Neu-Ulm, KV Nordschwaben
Rabl, Josef, 28.08.
84056 Rottenburg, KV Landshut

... zum 80. Geburtstag

Hösl, Erhard, 12.08.
93049 Regensburg, KV Regensburg
Kremerskothen, Josefine, 26.08.
93096 Köfering, KV Regensburg
Sauer, Arnulf, 22.08.
97204 Höchberg, KV Würzburg

... zum 75. Geburtstag

Feiler, Wolfgang, 17.08.
93053 Regensburg, KV Regensburg
Gebhardt, Robert, 29.08.
97084 Würzburg, KV Würzburg
Hesse, Karl, 29.08.
94107 Untergriesbach, KV Ndb.-Ost
Schleicher, Albin, 03.08.
95111 Rehau, KV Ofr.-Nordost

... zum 70. Geburtstag

Aulwurm, Reinhold, 09.08.
97488 Birnfeld, KV Main-Rhön
Fischer, Peter, 05.08.
90574 Roßtal, KV Mfr.-Nord
Hergesell, Manfred, 13.08.
83457 Bayerisch Gmain, KV Ndb.-Ost
Metzner, Reinhard, 08.08.
83059 Kolbermoor,
KV Rosenheim-Miesbach
Pontz, Peter, 16.08.
94036 Passau, KV Ndb.-Ost
Reutter, Klaus, 28.08.
85057 Ingolstadt, KV Obb.-Nordwest
Scharvogel, Maria, 02.08.
97318 Kitzingen Repperndorf,
KV Würzburg
Schlebusch, Johanna, 27.08.
91315 Höchstadt, KV Mfr.-Nord
Stößel, Georg, 16.08.
91074 Herzogenaurach, KV Mfr.-Nord

... zum 65. Geburtstag

Berger, Andreas, 18.08.
94036 Passau, KV Ndb.-Ost
Glockner, Hans Gerhard, 12.08.
94209 Regen, KV Donau-Wald

Graf, Wilhelm, 15.08.
81827 München, BV München
Henderson-Doe, Peter, 16.08.
85229 Markt Indersdorf,
KV Rosenheim-Miesbach
Lauer, Herbert, 24.08.
91438 Bad Windsheim, KV Mfr.-Süd
Reuß, Rudolf, 21.08.
85051 Ingolstadt, KV Obb.-Südwest
Sachs, Hermann, 06.08.
82362 Weilheim, KV Obb.-Südwest
Schäffler, Wolfgang, 30.08.
88161 Lindenberg, KV Allgäu
von Heckel, Dietrich, 06.08.
90451 Nürnberg, KV Nürnberg

... zum 60. Geburtstag

Albert, Reinhard, 31.08.
84570 Polling,
KV Altötting-Mühldorf
Andersch, Reinhard, 16.08.
81737 München, BV München
Filipp, Volker, 13.08.
82152 Krailling, BV München
Heußler, Hans-Dieter, 14.08.
87509 Immenstadt, KV Allgäu
Horn, Gerhard, 30.08.
90480 Nürnberg, KV Nürnberg
Kiener, Gerhard, 21.08.
91080 Uttenreuth, KV Mfr.-Nord
Lang, Elfriede, 11.08.
91126 Schwabach, KV Nürnberg
Limmer, Oswald, 07.08.
94065 Waldkirchen, KV Ndb.-Ost

Müller, Rudolf, 22.08.
95679 Waldershof, KV Opf.-Nord
Peis, Anton, 01.08.
93083 Obertraubling, KV Regensburg
Schießler, Gerald, 18.08.
92637 Weiden, KV Opf.-Nord
Schmidt, Gerhard, 04.08.
90425 Nürnberg, KV Nürnberg
Schwerin, Hans Joachim, 30.08.
80993 München, BV München
Täuber, Werner, 03.08.
86438 Kissing, KV Augsburg
Wöhlte, Jürgen, 20.08.
63877 Sailauf, KV Untermain

In den Ruhestand sind gegangen ...

Augustin, Johanna, KV Regensburg
Bezold, Andreas, KV Bayreuth-Pegnitz
Gründel, Michael, KV Mfr.-Süd
Köck, Manfred, BV München
Schmidt, Manfred, KV Mfr.-Süd
Weiß, Robert, KV Bamberg-Forchheim

Wir trauern um ...

Grimminger, Eleonore,
BV München (90)
Herrmann, Hans-Günter,
KV Ofr.-Nordwest (72)
Koch, Günter, KV Mfr.-Süd (68)
Schwarzfischer, Ludwig,
KV Rosenheim-Miesbach (87)
Spanner, Siegfried, KV Allgäu (65)
Weiss, Franz-Xaver, BV München (95)

Kommunale Schulen

Hymne auf eine verfllossene Schularzt

Einst lernten sie Buchdrucker, Klischeeätzer, Maschinenschlosser, Verkäuferin, Elektriker und anderes, was es eben so gab an guten Berufen. Heute sind sie Arzt, Bürgermeister, Lehrerin, Psychologin, Diplomingenieur, Programmierer, Unternehmer usw. Sie haben ihren Weg gemacht.

Mit viel Enthusiasmus sprechen sie von der Schule, welcher sie die entscheidende Weichenstellung verdanken, nicht nur in rein beruflicher Hinsicht übrigens. Der Lobgesang war beeindruckend, wenngleich – das weiß

man aus eigener Erfahrung – in solchen Situationen die Erinnerungsverklärung eine Rolle spielt. Aber sie werden schon nicht nur geflunkert haben, die knapp 20 Ehemaligen, die von 1969 bis 1972 die Würzburger BAS besuchten und sich nach 31 Jahren bei einem Klassentreffen jetzt wiedersahen. Mein Gott, gab's da Gesprächsstoff. Mit von der Partie auch die Lehrkräfte von einst, Ruheständler, in Würden ergraut, aber mit staunenswertem Erinnerungsvermögen in Einzelfragen. Unter ihnen auch Franz-Xaver Ottinger,



BAS – Jahrgang 72 einschließlich damaliger Lehrkräfte.

einst spiritus rector der Würzburger BAS, inzwischen im 92. Lebensjahr. Ein Mann der ersten Stunde, der die BAS in Würzburg mit großem persönlichen Einsatz betreut hatte.

Sie, die Ehemaligen, sind jetzt sozusagen Veteranen, denn als sie die BAS besuchten, gab's diese im Freistaat gerade mal 10 Jahre. Damals galt sie als Eliteschule des beruflichen Bildungsgangs. FOS und BOS kamen später. „Es war alles andere als ein Spaziergang“, sagt Josef Mend, heute 51 Jahre alt und Bürgermeister der Weinbaugemeinde Iphofen bei Kitzingen. „Zwei Jahre Abendunterricht. Woche für Woche, jeweils an zwei Tagen gleich nach der Arbeit zur Schule. Da brauchtest du schon Stehvermögen“, sagt der Bürgermeister und hebt das Glas. Er verweist aber auch auf die vielen, die auf der Strecke geblieben sind „bei dieser Schur“. „Im dritten Jahr, dem Vollzeitjahr, war's dann einfacher“, erinnert sich Theresia Mack-Schneider, die später Grundschullehrerin wurde und aus dem Großhandel kam. „Da konntest du dich ganz auf die Schule konzentrieren und wenigstens auch mal durchschnaufen“.

Den meisten der Anwesenden war übrigens neu, dass es die BAS nicht mehr gibt, dass sie in den 90er Jahren bereits ihr Image als „Eliteschule“ eingebüßt hatte, dass sie - schließlich einjährig – nur noch ein Schattendasein fristete bis 2000 dann der Vorhang endgültig fiel.

Bedauert hat die Jahre zwischen 1969 und 1972 keiner an diesem Abend und gejamert über den Streß damals

hat auch niemand. „Gelobt sei was hart macht“, erklärten sie alle und meinten, dass es später „im Leben“ oft viel dicker kam.

Neues Beratungsstudio in der Berufsschule für den Einzelhandel in München:

Ton ab, Kamera läuft – Sie können beginnen!

KLAUS D. SCHIFFAUER

Ein solche Aufforderung hört man nicht nur in den Filmstudios in Geiselgasteig sondern jetzt auch immer öfter in der Städtischen Berufsschule für den Einzelhandel in München. Anfang des Jahres 2003 eröffnete Schulleiter Günter Hörlein in Anwesenheit zahlreicher Gäste das neue Beratungsstudio in der Berufsschule für den Einzelhandel in der Lindwurmstraße. Viele Ausbildungsleiter und Vertreter städtischer und überregionaler Institutionen folgten der Einladung zu dieser Eröffnung. In seiner Eröffnungsrede wies der Schulleiter auf die besonderen Aufgaben der Berufsschule hin. Schule soll nicht nur theoretisches Wissen für den Kaufmann im Einzelhandel vermitteln, sondern auch im Schutz der Schule das praktische Rüstzeug zum Erlernen von Verkaufstechniken ermöglichen.

Das Verkaufsgespräch gliedert sich in mehrere Stufen, die alle eine Be-

„Aus meiner Sicht ein Glücksfall, die BAS“, sagt Wolfgang Schwark, einstiger Elektrolehrling und heute mit einem eigenen Planungsbüro erfolgreich. Dankbarkeit äußert er u.a. gegenüber seinem damaligen Berufsschullehrer, der ihm und anderen aus der Klasse Mut zur BAS gemacht habe.

Bald wird sie ganz in Vergessenheit geraten sein, unsere gute alte BAS. Vor allem diejenigen, welche als Lehrkräfte die ersten Jahre mitgestalten durften, werden das bedauern. In der Chronik der beruflichen Bildung jedenfalls sollte sie einen Ehrenplatz erhalten. Das verdienen auch all diejenigen, die in der dreijährigen Form durchgehalten haben und sich dabei im wahrsten Sinne des Wortes Geist und Charakter stählten.

Peter Thiel

deutung für das Gelingen haben. Es muss also darauf Wert gelegt werden, dass die Schülerinnen und Schüler die einzelnen Stufen kennen, ihre Wirkung auf den Kunden erfahren und für die Praxis einüben.

Der Schulleiter konnte dem interessierten Fachpublikum zwei neu gestaltete Räume zeigen, die diese Vorgaben unterstützen.

Im ersten Raum, dem Übungsraum, mit Warenregalen, Schauvitrienen, Präsentationstisch und fahrbaren Regalen, gefüllt mit zur Verfügung gestellter Ware aus den Ausbildungsbetrieben, werden die Verkaufsgespräche und Warenpräsentationen der Auszubildenden mit Hilfe einer modernen digitalen Videokamera aufgezeichnet. Verantwortungsbewusste Jugendliche können hier bereits als „Kameraleute“ und „Toningenieure“ in Anwesenheit einer Lehrkraft angeleitet oder selbstständig agieren.

Die vor der Kamera handelnden Schülerinnen und Schüler erfahren



Das Team schneidet das aufgezeichnete Material für die Analyse und die Präsentation. Im Vordergrund der Autor des Beitrages Klaus D. Schiffauer.

sich dabei nicht mehr als Prüflinge, die vom Lehrer beobachtet und beurteilt werden, sondern als Akteure, die ihren Mitschülerinnen und Mitschülern zeigen wollen wie sie in ihren Betrieben verkaufen.

An einem modernen Schnittcomputer kann dann das digitale Material auf die wesentlichen Szenen gekürzt werden, die für die Beurteilung der Verkaufsszene von Bedeutung sind.

Der fertige Arbeitsfilm wird auf eine analoge VHS-Kassette überspielt, um sie dann an zwei Arbeitsplätzen im zweiten Raum, dem Seminarraum, von den Schülern anhand detaillierter Beobachtungsbogen analysieren zu lassen.

Die Arbeitsaufträge zur Analyse dieser Verkaufsszenen umfassen nicht nur die konstruktive Kritik der aufgenommenen Sequenzen, sondern auch Fragen zu den besonders gut gelungenen Leistungen. Dieser zweite Raum ist bewusst als Arbeitsraum konzipiert, so dass auch andere Arbeiten für das Fach Warenverkaufskunde ausgeführt werden können. Hier können bereits im Vorfeld die theoretischen Kenntnisse für die Praxis vermittelt werden, um sie dann im Übungsraum nebenan anzuwenden. Die Auszubildenden lernen für ihre tägliche Arbeit in den Betrieben sowohl durch das eigene Verhalten als auch durch die Technik der Mitschüler wenn sie die besonders gut gelungene Verkaufstechnik selbst anwenden. Manche Auszubildende hören hier mit Erstaunen, dass auch Profifußballer ihre aufgezeichneten Spiele mehrmals anschauen, um aus den durchgeführten Spielzügen für die nächsten Spiele zu lernen.

Die gesamte Arbeit einer Klasse wird am Ende des Projektes über einen Beamer und einem modernen Tonsystem auf einer Leinwand (2 x 2 m) präsentiert.

Der medienpädagogische Hintergrund wird hier durch drei Sachverhalte deutlich: Auszubildende sind nicht mehr passive Videokonsumenten sondern aktive Videogestalter und erkennen deutlich was zu tun ist, um besondere Reaktionen beim Kunden oder Betrachter zu erzielen.

Die Leistungen der Schülerinnen und Schüler im Fach Verkaufskunde werden dokumentiert und adäquat präsentiert. Die Lehrkräfte können

diese Arbeiten auf Mini-DV- oder VHS Kassette archivieren, um sie dann später oder am Ende der dreijährigen Ausbildung nochmals zu zeigen. Der Lernfortschritt wird damit sehr deutlich.

Die Landeshauptstadt München hat alle Münchner Berufsschulen schon seit mehreren Jahren mit Computern ausgestattet, die sowohl schulintern als auch stadtübergreifend miteinander vernetzt sind. Dieses Netz kann nun ebenfalls für die Arbeit im Beratungsstudio genutzt werden. Dieses schulübergreifende Netz bietet die Möglichkeit des Daten- und Informationsaustausches um möglichst vielen Interessierten Erarbeitetes zu präsentieren.

Für die Technik und die Ladeneinrichtung dieses Beratungsstudios wurden ca. 25000 Euro ausgegeben. Diese Investition zeigt deutlich die großen Anstrengungen der Stadt München, das berufliche Schulwesen weiter aufzuwerten um die Chancen der Auszubildenden im Einzelhandel in der Zukunft zu erhöhen.

Homepage der Berufsschule: www.bseinzelh.musin.de

Für Sie persönlich

Ihre Hausratversicherung bietet Schutz auf Reisen.

Da die Reisezeit beginnt, einige Anmerkungen zu den Leistungen der Hausratversicherung bei Reisen (= außerhalb der versicherten Wohnung)

Wie hoch ist der Versicherungsschutz?

Die Hausratversicherung gilt i. d. R. weltweit. Außerhalb der versicherten Wohnung leistet die Hausratversicherung für Schäden jedoch nur bis 10 % der Versicherungssumme, max. bis 10000 Euro.

Beträgt bei Ihrer Hausratversicherung die Versicherungssumme 100000 Euro, dann sind Ihre Schäden bis 10000 Euro abgedeckt. Diese Summe wird i. d.

R. ausreichend sein, denn selbst eine mehrköpfige Familie wird keine Hausratgegenstände im Wert von 10000 Euro mitnehmen, selbst wenn wertvolle Fotoapparate oder Filmkameras eingepackt werden. Auch die im Urlaub gekauften Hausratgegenstände (z. B. eine schöne Vase für zu Hause) werden über diese reduzierte Versicherungssumme abgedeckt.

Welche Gegenstände sind versichert?

Alle Hausratgegenstände fallen unter den Versicherungsschutz. Dazu gehören alle Güter, die einem Haushalt zur Einrichtung oder zum Gebrauch oder zum Verbrauch dienen, also Kleidungsstücke, Badesachen, Luftmatratze, Fotoausrüstung, Essensvorräte, Haustiere

u. a.. Auch Kanus, Ruder-, falt- und Schlauchboote einschließlich ihrer Motoren sowie Surfgeräte und Flugdrachen sind versichert, größere Boote wie Segel- oder Motorboote jedoch nicht. Fahrräder gehören ebenfalls zu den Hausratgegenständen. Im Gegensatz zur Haftpflichtversicherung sind nicht nur eigene, sondern auch fremde Sachen (z. B. geliehener Fotoapparat) versichert.

Unter welchen Umständen besteht Versicherungsschutz?

Die Hauratversicherung bietet nur dann Schutz, wenn oben angeführte Hausratgegenstände durch

1. Brand, Blitzschlag, Explosion Anprall oder Absturz eines Luftfahrzeuges seiner Teile oder seiner Ladung
2. Einbruchdiebstahl, Raub oder den Versuch einer solchen Tat,
3. Vandalismus nach einem Einbruch
4. Leitungswasser
5. Sturm, Hagel zerstört oder beschädigt werden oder infolge eines solchen Ereignisses abhanden kommen.

Hierzu müssen einige wichtige Einschränkungen beachtet werden:

Für Sturm- und Hagelschäden besteht auf Reisen nur Versicherungsschutz, wenn sich die Sachen in Gebäuden befinden. Diese Einschränkungen wurde von den Versicherern schon in den 60iger Jahren formuliert, als nach der Urlaubssaison viele vom Sturm weggewehte Sommerhüte oder andere Kleidungsstücke bezahlt werden mussten.

Ein Camper hat somit keine Chancen, Sturmschäden ersetzt zu bekommen. Ein Ferienhaus-Mieter hat schon eher mal einen Versicherungsfall, z. B. wenn ein plötzlich aufziehendes Gewitter offenstehende Fenster zuschlägt, dabei Glas zu Bruch geht und die Glassplitter Hausratgegenstände (die sich im Gebäude befinden) beschädigen.

Versicherungsschutz bei Diebstahl

Wie auch zu Hause in der versicherten Wohnung, ist nur Einbruchdiebstahl versichert, das heißt, der Dieb muss in

die verschlossene Wohnung eindringen. Das bedeutet, dass alle in einem Raum (Ferienhaus, Ferienwohnung, Hotelzimmer) eingeschlossenen Hausratgegenstände versichert sind. Schlussfolgerung: Wertvolle Gegenstände sind bei einem Großstadtbesuch in der Ferienwohnung (Ferienhaus, Hotelzimmer) i. d. R. sicherer aufbewahrt.

Versichert sind auch verschlossene Behältnisse in einem Raum eines Gebäudes. Deshalb sollten bei einem Schwimmbad- oder Hallenbadbesuch die vorhandenen abschließbaren Kabinen, Kleiderschränke oder Schließfächer benutzt werden.

Auch das Auto ist ein Behältnis. Wird das Auto aufgebrochen besteht Versicherungsschutz, wenn sich das Behältnis Auto in einem Gebäude befindet. Nutzen Sie deshalb Tiefgaragen, wenn sich im Pkw Hausratgegenstände befinden. Denn über die Teilkaskoversicherung sind Hausratgegenstände bei Kfz-Aufbruch nicht versichert.

Da bei Schiffen, Wohnwagen oder Zelten die Gebäudeeigenschaft fehlt, ist der Aufbruch eines Wohnwagens, einer Schiffskabine oder eines Schließfaches bei einer Kreuzfahrt nicht versichert.

Bei Diebstahl von Fahrrädern ist der gleiche Sachverhalt anzuwenden: Befinden sich die Fahrräder angekettet vor dem Gebäude (Jugendherberge, Hotel, Ferienwohnung) oder auf dem Campingplatz, dann besteht nur dann Versicherungsschutz, wenn eine Fahrradzusatzversicherung abgeschlossen wurde. Werden die Fahrräder jedoch aus einem verschlossenen Raum entwendet sind sie über die normale Hausratversicherung versichert.

Versicherungsschutz bei Raub

Raub liegt nur vor, wenn gegen den Versicherungsnehmer oder gegen mit ihm in häuslicher Gemeinschaft lebenden Personen Gewalt angewendet oder angedroht wird. Trickdiebstahl ist somit nicht versichert.

Beispiel 1: 2 Damen wurden in Barcelona von einem netten Herrn angesprochen und in ein Gespräch verwickelt. Kurze Zeit nach Gesprächsende stellte eine der Damen fest, dass ihre Handtasche leer war. Es besteht kein

Versicherungsschutz, da keinerlei Gewalt im Spiel war.

Beispiel 2: Ein Passant versucht in Rom einer Dame die Handtasche von der Schulter zu reißen. Da die Dame dies bemerkt, versucht sie ihre Tasche festzuhalten. Daraufhin hebt der Dieb drohend die Fäuste, um auf die Dame einzuschlagen. Die Dame lässt deshalb die Tasche los, ohne dass der Täter auf die Dame eingeschlagen hatte. Die gestohlene Tasche samt Inhalt wird von der Versicherung ersetzt. Es liegt Raub vor, weil Gewalt angedroht wurde.

Da bei Raub keine Gebäudegebundenheit verlangt wird, sind Versicherungsschäden durch Raub auch an Bord eines Schiffes oder auf dem Campingplatz versichert. (Sturmschäden jedoch, wie oben schon erklärt, logischerweise nicht).

Bei Busreisen sollte jedem Mitreisenden bewusst sein, dass die während einer Besichtigungstour im Bus zurückgelassenen Gegenstände ohne Einschränkung nur bei Schäden durch Brand, Blitzschlag usw. versichert sind. Werden die Gegenstände aus dem Bus entwendet, besteht nur Versicherungsschutz, wenn der Bus als Behältnis in einem Gebäude (Parkhaus) stand. Wird gegen den Busfahrer Gewalt angewendet oder angedroht, so sind nur dessen Sachen versichert, da er in der Regel mit keinem Mitreisenden in häuslicher Gemeinschaft leben wird. Deshalb wichtige Gegenstände entweder im Hotel zurückgelassen oder auf die Besichtigungstour mitgenommen, denn ein unbeaufsichtigter Bus ist für Diebe keine großes Hindernis.

Die geringsten Einschränkungen liegen vor, wenn Schäden durch Brand, Blitzschlag oder Explosion eintreten.

Beachten Sie, dass ein Schaden sofort der Polizei zu melden ist

Falls Sie weitere Fragen haben, sollten Sie sich an den für Sie zuständigen Versicherungsberater Ihrer Versicherungsgesellschaft wenden, da es sein kann, dass Ihre Versicherung sogar einen umfassenderen Versicherungsschutz, als hier aufgezeigt, bietet.

Ich wünsche eine stressfreie, erholsame Urlaubszeit. *Helmut Lang*

Termine

Termin bitte vormerken! Samstag, 18. Oktober 2003

Fachbereichstagung Wirtschaft und Verwaltung am Beruflichen Schulzentrum Matthäus Runtinger in Regensburg

Vorgesehenes Programm

10.00 Uhr

Begrüßung

Armin Ulbrich, stellvertr. VLB-Landesvorsitzender

Hauptreferat

„Der Wirtschaftspädagoge zwischen ökonomischer Rationalität und pädagogischer Verantwortung.“

Prof. Dr. Joseph Aff, Lehrstuhl für Sozial- und Wirtschaftspädagogik, Nürnberg

11.15 Uhr

Podiumsdiskussion

Moderation: Alexander Liebel

12.30 – 13.30 Uhr

Mittagspause, Kantine Sparkasse

13.30 Uhr

Arbeitskreise und Fachgruppen

mit anschließender Präsentation der Ergebnisse

15.30 Uhr

Resümee

Klemens Brosig, stellvertr. VLB-Landesvorsitzender

Weitere Informationen erhalten Sie in Heft 08/09-2003

überschaubare Studiengänge mit schneller erreichbaren Abschlüssen anbieten müssten. Dies habe sich auch bei den Abiturienten herumgesprochen.

Die Untersuchung durch das Hochschul-Informationssystem (HIS) macht deutlich, dass auch der seit Jahren zu beobachtende Trend unter den Abiturienten zu einer Doppelqualifikation von Lehre und Studium gestoppt ist. Auch gibt es immer weniger Abiturienten, die bei der Befragung eine Studienabsicht generell ausschließen und nur eine betriebliche Ausbildung anstreben. Im vergangenen Jahr waren dies nur noch 24 Prozent im Vergleich zu 27 Prozent Mitte der 90er Jahre.

Bei der Studienfachwahl ist das Lehramtsstudium wieder gefragt. Acht Prozent der für die Studie repräsentativ befragten 12000 Abiturienten haben sich dafür entschieden. Mitte der 90er Jahre war diese Zahl auf unter fünf Prozent geschrumpft. Das Lehramtsstudium belegt jetzt wieder den zweiten Platz auf der Beliebtheitsskala der Fächer – hinter den Wirtschaftswissenschaften (zehn Prozent). Bei den ingenieurwissenschaftlichen Kerndisziplinen wie Elektrotechnik und Maschinenbau, die seit Jahren über mangelndes Studieninteresse klagen, scheint zumindest der Rückgang gestoppt. Mit zwei beziehungsweise sechs Prozent rangieren diese Fächer bei der Studienwahl immer noch weit unten.

-dpa-

Nachrichtliches

Bildung/Hochschulen

Studium wird wieder beliebter – auch Lehramt ist gefragt

Das Studium wird bei den Abiturienten wieder beliebter. Nach Jahren des Rückgangs ist die Studierneigung der Schulabgänger jetzt erstmals wieder gestiegen, berichtete das Magazin „Focus“ am 6. Juni vorab aus seiner neuesten Ausgabe unter Berufung auf eine neue Studie im Auftrag des Bundesbildungsministeriums. Danach haben 69 Prozent des Abitur-

Jahrgangs 2002 bereits ein Studium aufgenommen oder planen dies fest. Bei der letzten Untersuchung des Abiturienten-Jahrgangs 1999 betrug die Studierneigung lediglich 65 Prozent. Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn (SPD) sprach von einer „höchst erfreulichen Entwicklung“. Die bessere materielle Absicherung der Studierenden durch die BAföG-Reform habe sicherlich mit dazu beigetragen, wieder mehr junge Menschen für ein Studium zu interessieren. Zum anderen erkannten auch immer mehr Hochschulen, dass sie den jungen Menschen

Hochschulen/Studenten/BAföG

BAföG-Überprüfung zieht Kreise – künftig höherer Freibetrag?

Die bundesweite Überprüfung der Vermögens- und Zinseinkünfte der rund 300000 BAföG-Empfänger zieht weitere Kreise. Neben Rückforderungen der Ämter für Ausbildungsförderung in Millionenhöhe ist zugleich eine Anhebung des geltenden Vermögensfreibetrages von derzeit 5200 Euro im Gespräch. Der Betrag wird sowohl beim Deutschen Studentenwerk (DSW) als auch im Bundesbildungsministerium als zu gering angesehen.

Der Generalsekretär des Studentenwerks, Dieter Schäferbarthold, hält den

geltenden Vermögensfreibetrag für eine „sehr willkürliche Grenze“. „Eine Erhöhung auf 8000 bis 10000 Euro ist dringend erforderlich“, sagte er am 12. Juni dem dpa-Dossier Kulturpolitik. Er rate allen Studenten, eine Reserve in dieser Größenordnung zu haben, um notfalls zwei bis drei Semester allein aus eigenen Mitteln finanzieren zu können.

Ein Bericht der „Süddeutschen Zeitung“ vom 10. Juni hatte bundesweit ein gewaltiges Medienecho über angebliche BAföG-Betrügereien ausgelöst. Dem Bericht zufolge haben mehrere zehntausend Studenten und Schüler in den vergangenen Jahren zu Unrecht BAföG erhalten, weil sie entweder ihr Vermögen verschwiegen oder darüber unzureichende Angaben gemacht haben. Aufgefallen ist dies durch eine bereits vor einem Jahr vorgenommene Datenabgleichung des Bundesamtes für Finanzen und der Ämter für Ausbildungsförderung.

Dem Bericht zufolge soll in den Jahren 2000 und 2001 etwa jeder fünfte BAföG-Empfänger in seinen Förderanträgen bewusst oder unwissentlich unrichtige Angaben gemacht haben. Mehrere Tausend Studenten und Schüler seien von den Ämtern inzwischen aufgefordert worden, zu Unrecht erhaltene Beihilfen zurückzuzahlen. Darüber hinaus ermittle die Staatsanwaltschaft gegen zahlreiche BAföG-Empfänger wegen Sozialbetrugs, schreibt die Zeitung weiter. In mehreren Hundert Fällen seien Bußgelder von mehrere Tausend Euro verhängt worden.

Bei der Überprüfung werden die Anträge mit den zentral beim Bundesamt für Finanzen erfassten Freistellungsaufträgen für Bankguthaben und Zinseinkünften verglichen. Wer BAföG bezieht, darf seit Mitte vergangenen Jahres maximal 5200 Euro eigenes Vermögen haben. An Zinsen dürfen BAföG-Empfänger jährlich höchstens 100 Euro erhalten.

Bei BAföG-Ämtern sowie bei einigen Datenschutzbeauftragten sei die Überprüfung allerdings auf Bedenken gestoßen, da eine eindeutige Rechtsgrundlage für die Weitergabe der Daten fehle. Da diese derzeit erarbeitet werde und wegen des Umfangs der Unregelmäßigkeiten haben man die Überprüfungen aber nicht behindert, sagte der bayerische Datenschutzbeauftragte der Zeitung.

-dpa-

Soeben erschienen – die Ausbildungsfibel 2003 – Tipps und Hilfen für Betriebe, die neu in die Berufsausbildung einsteigen

Ausbilden lohnt sich! Jungen Menschen mit einem Ausbildungsplatz den Start ins Berufsleben zu ermöglichen, ist nicht nur für die Jugendlichen sondern auch für die Ausbildungsbetriebe von Bedeutung, denn: Ausbildung sichert den zukünftigen Fachkräftebedarf und schafft motivierte, im eigenen Betrieb erprobte Mitarbeiter/innen. Hier die zehn wichtigsten Gründe, weshalb Ausbildung insbesondere den Betrieben nutzt:

Ausbilden im Betrieb

- sichert den zukünftigen Fachkräftebedarf,
- schafft motivierte, im eigenen Betrieb erprobte Mitarbeiter/innen,
- reduziert Fluktuation und Fehlbesetzungen,
- erspart langwierige Einarbeitungszeiten neuer Kräfte,
- erhöht die Flexibilität und die Innovationsfähigkeit,
- verjüngt die Belegschaft,
- gibt positive Impulse für die Gestaltung der Weiterbildung,
- trägt zu einem positiven Imagegewinn als Ausbildungsbetrieb bei,
- bedeutet produktive Arbeit des Auszubildenden,
- leistet einen Beitrag zur gesellschaftlichen Integration der Jugendlichen.

Auch wenn viele Betriebe diese Vorteile in den letzten Jahren zunehmend erkannt haben, musste besonders 2002 festgestellt werden: Gegenüber dem vorangegangenen Ausbildungsjahr ist sowohl in den alten wie in den neuen Ländern ein deutlicher Rückgang bei den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen zu verzeichnen. Vor allem in den neuen Ländern bleibt es also nach wie vor schwierig, einen betrieblichen Ausbildungsplatz zu finden. Ein zentrales Ziel der gemeinsamen Anstrengungen von Bundesregierung, Arbeitgebern und Gewerkschaften ist es deshalb, zusätzliche Ausbildungskapazitäten zu identifizieren, um alle vorhandenen betrieblichen Ausbildungsplätze auszuschöpfen

zu können. Zum einen heißt das, dass Betriebe für einen Wiedereinstieg in die Ausbildung gewonnen werden müssen, die sich vorübergehend daraus zurückgezogen. Zum anderen müssen aber auch solche Betriebe für den Neueinstieg in die Berufsausbildung motiviert werden, die bisher noch keine Ausbildungserfahrung haben, jedoch in der Lage wären, junge Menschen im eigenen Unternehmen oder gemeinsam mit anderen Betrieben in Ausbildungsverbänden zu einem qualifizierten Berufsabschluss zu führen.

Die „Ausbildungsfibel 2003“ mit Tipps und Hilfen für Betriebe, die sich das erste Mal an der Berufsausbildung beteiligen, ist dabei ein nützlicher Ratgeber. Sie wird vom Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) gemeinsam mit der Bundesanstalt für Arbeit (BA) erstellt und erscheint – in jeweils aktualisierter Form – in diesem Jahr bereits zum elften Mal.

Die „Ausbildungsfibel“ informiert u.a. über

- die finanziellen Programme der Länder zur Förderung der Berufsausbildung,
- die Anforderungen an den Ausbildungsbetrieb,
- die Gewinnung von Auszubildenden,
- die Auswahl der Bewerber/-innen,
- den Abschluss des Ausbildungsvertrags,
- die Rechte und Pflichten der Auszubildenden,
- die Organisation der Ausbildung in Betrieb und Berufsschule,
- die Ausbildung ausländischer und behinderter Jugendlicher,
- das Projekt „KAUSA“ (Koordinierungsstelle – Ausbildung in ausländischen Unternehmen), einem bundesweiten Netzwerk für alle, die sich mit der Förderung von Ausbildungsstellen in ausländischen Unternehmen befassen und hilft mit einer „Checkliste“ beim Einstieg in die Ausbildung am ersten Ausbildungstag im Betrieb.

Darüber hinaus enthält die Fibel die für einen Ausbildungsbetrieb wissenswerten gesetzlichen Bestimmungen sowie Hinweise auf weitere Informationsquellen zur Durchführung der Berufsausbildung einschließlich eines aktuellen Ver-

zeichnisses aller für die Berufsausbildung zuständigen Stellen.

Die gedruckte Fassung der „Ausbildungsfibel 2003 – Tipps und Hilfen für Betriebe“ kann auf schriftliche Bestellung bezogen werden bei der Bundesanstalt für Arbeit, Referat 1 c3, Postfach, 90327 Nürnberg, Fax: 0911/1179-3555. Einzelexemplare werden kostenlos abgegeben. Ab vier Exemplaren wird je Exemplar eine Schutzgebühr von Euro 1,28 erhoben. Bestellungen über das BIBB sind nicht möglich. Im Internet ist eine Kurzfassung der Ausbildungsfibel unter <http://www.bibb.de/ausbildungsfibel.htm> abrufbar.

Auf CD-ROM wird die „Ausbildungsfibel 2003“ gemeinsam mit dem Berufsbildungsbericht 2003 des Bundesministeriums für Bildung und Forschung zu gegebener Zeit veröffentlicht.

Die Pressemitteilung des Vereins Innovative Berufsbildung e.V. zum Wettbewerb um den Hermann-Schmidt-Preis 2003 ist abrufbar unter <http://www.wbv.de/news/preis.html>

Betriebliche Weiterbildung – Antwort deutscher Unternehmen auf Globalisierungsdruck

Deutsche Unternehmen reagieren mit steigenden Qualifikationsanforderungen auf die Folgen der Globalisierung – und halten die betriebliche Weiterbildung für den geeigneten Weg, ihren Mitarbeitern die benötigten Qualifikationen zu vermitteln: Rund 92% der vom Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) befragten 474 Unternehmen in Deutschland stellen betriebliche Weiterbildungsangebote bereit, um den vielfältigen Herausforderungen der Globalisierung zu begegnen. 70% reagieren auf den zunehmenden Wettbewerbs- und Innovationsdruck mit Veränderungen in der Arbeitsorganisation und 53% stellen neues Personal ein, um den aktuellen Anforderungen entsprechen zu können.

Dies sind Ergebnisse einer nationalen Zusatzerhebung, die das BIBB im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung im Rahmen der zweiten europäischen Weiterbildungserhebung

(CVTS II) im Jahr 2000 durchgeführt hat. Dabei wurden die eher quantitativen Ergebnisse der Haupterhebung durch qualitative Fragen ergänzt. Ermittelt wurden neben den Auswirkungen der Globalisierung und des strukturellen Wandels auf die betrieblichen Rekrutierungs- und Qualifizierungsstrategien u.a.

- die Einstellung der Unternehmen zum lebenslangen Lernen: Deutsche Unternehmen befürworten klar das Konzept des lebenslangen Lernens. In der Mehrheit (85%) sehen sie jedoch auch, dass die Umsetzung dieses Konzepts für die Beschäftigten immer häufiger auch eine Mehrfachbelastung (Arbeit, Familie und Lernen) mit sich bringt. Die Unternehmen sind zudem bereit, dem Staat im Rahmen der Umsetzung des Konzepts mehr Einfluss auf die betriebliche Weiterbildung zuzubilligen: 40% sind dafür, dass der Staat „weit stärker als bisher“ eingreift und 33% befürworten den Status Quo und unterstützen, dass der Staat „im bisherigen Umfang“ tätig sein soll.
- die Position der Unternehmen zur Zertifizierung der Weiterbildung: Die Mehrheit der befragten Unternehmen (77%) ist der Auffassung, dass der Erfolg der Teilnahme an betrieblichen Weiterbildungsangeboten zertifiziert werden sollte. Dabei sollten auch Kompetenzen bescheinigt werden, die arbeitsintegriert bzw. durch Berufserfahrung erworben wurden.
- das Engagement der Unternehmen in Maßnahmen für Arbeitslose: 67% vertreten die Auffassung, dass Unternehmen einen größeren Beitrag als bisher zur Bereitstellung von Lernmöglichkeiten für Arbeitslose leisten sollten; 56% wären zu einem Engagement bereit, wenn es öffentlich finanziell gefördert würde, und für 11% der Befragten wäre ein Engagement auch ohne eine solche Unterstützung denkbar.

Die Veröffentlichung des BIBB „Betriebliche Weiterbildung in Deutschland und Europa“ stellt in Teil III ausführlich alle Ergebnisse der Zusatzerhebung vor. Teil II dokumentiert die Ergebnisse zur zweiten europäischen Weiterbildungserhebung in Deutschland, und Teil I prä-

sentiert die Ergebnisse der zweiten Erhebung über die berufliche Weiterbildung in 25 europäischen Ländern.

Die im BIBB von Uwe Grünewald, Dick Moraal und Gudrun Schönfeld herausgegebene Veröffentlichung „Betriebliche Weiterbildung in Deutschland und Europa“ ist zum Preis von EUR 8,90 zu beziehen beim W. Bertelsmann Verlag GmbH & Co. KG, Postfach 10 06 33, 33506 Bielefeld, Tel. 0521/911 01-11, Fax: 0521/911 01-19, E-Mail: service@wbv.de

Autorenverzeichnis:

Lang, Helmut

VLB-Versicherungsbeauftragter
KBBZ, Stettiner Str. 1,
9702 Würzburg,
Tel.: (09 31) 66 17 29

Leischner, Dietmar

Robert-Koch-Str. 10,
85521 Ottobrunn,
Tel.: (0 89) 6 08 36 10

Schiffauer, Klaus D.

BS, Lindwurmstr. 90,
80337 München,
Tel.: (0 89) 2 33 - 3 25 53

Towara, Wolfgang

BBZ, Zwerchgraben 2,
97074 Würzburg,
Tel.: (09 31) 79 53 - 0

Ulbrich, Armin

stellvert. VLB-Landesvorsitzender
Albrecht-Achilles-Str. 13,
90455 Nürnberg,
Tel.: (09 11) 88 26 86

Zeller, Bernhard

VLB-Referent für
Wirtschaftsschulen,
Alter Postweg 86a,
86159 Augsburg,
Tel.: (08 21) 32 41 82 02

VLB Verlag e.V.,
Dachauer Straße 4
80335 München

B 05130, PVSt,
Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt

Holland + Josenhans

Verlag moderner Unterrichtsmittel in Schule und Beruf

Unsere aktuellen Neuerscheinungen



Schneider

Prüfungsbuch für IT-Berufe

2. aktualisierte u. erw. Aufl.
324 Seiten
ISBN 3-7782-6010-3
€ 21,50



Schultheiß

Prüfungsbuch Metall- und Maschinentech.

2., völlig überarb. Auflage, 384 Seiten,
sehr viele Abbildungen, z. T. vierfarbig
ISBN 3-7782-3150-2, € 19,00

Baumstark/Böhringer/Bühler/Jungwirth

Prüfungsbuch Mediengestalter digital/print

2. neubearb. Aufl., 348 S.
ISBN 3-7782-6060-X
€ 21,50



Simpfendörfer (Hrsg.)/Faber/Freese/
Höll-Stüber/Toben-Vollmer

Prüfungsbuch Hauswirtschaft - handlungsorientiert

Völlig neu bearbeitet,
360 Seiten, zweifarbig
ISBN 3-7782-7420-1,
€ 19,50



Nuding H./Nuding G./Haller/
Runckel/Stollmaier



Wirtschafts- und Betriebskunde für Arzthelferinnen und Zahnmedizinische Fachangestellte

Völlig neu bearbeitet,
384 Seiten,
zahlreiche Abbildungen, vierfarbig,
ISBN 3-7782-5896-6, € 24,90

Nuding

Prüfungsbuch Wirtschaftskunde

9. neu bearb. Auflage 2003
208 Seiten, Taschenbuch
ISBN 3-7782-1280-X
€ 10,50



Büchin-Wilhelm/Jaszus
Fachbegriffe für Erzieherinnen
und Erzieher

2. Auflage, 138 Seiten, Taschenbuch
ISBN 3-7782-5841-9, € 9,00

Nuding/Bräuniger-Leiprecht/Kälber/Kitzinger

Prüfungsbuch für Fleischerei- verkäuferinnen

Taschenbuch, 408 Seiten,
zahlr. Abb., z. T. vierfarbig
ISBN 3-7782-7260-8,
€ 19,40



Friedrich
Fachbegriffe für Maler und Lackierer

96 Seiten, Taschenbuch
ISBN 3-7782-5251-8, € 9,20



Verlag Holland + Josenhans GmbH & Co.

Postfach 10 23 52 • 70019 Stuttgart

Tel. (0711) 6 14 39-20 • Fax (0711) 6 14 39-22

www.holland-josenhans.de • E-Mail: verlag@huj.03.net